

Niederschrift, ö

Gremium	Bezirkstag
Nummer	BezT/004/2018
Datum	Donnerstag, 13.12.2018
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:35 Uhr
Ende	12:48 Uhr

Anwesenheit

Mitglieder CSU

Baur, Martina
 Bertl, Alexandra
 Eichiner, Reinhard
 Flössler, Fabian
 Friesinger, Sebastian
 Funke, Annemarie
 Großmann, Rainer, Dr.
 Hainz, Birgit
 Hausberger, Claudia
 Hobmeier, Karin
 Hofstetter, Franz
 Kern, Michael, Dr.
 Kriegl, Gisela
 Kuhn, Barbara
 Linhart, Susanne
 Loy, Josef
 Mederer, Josef
 Off-Nesselhauf, Gabriele
 Schindlmayr, Simon
 Schwab, Harald
 Schwarzenberger, Thomas
 Steinberger, Friederike
 Weiß, Ilse

abwesend ab TOP 3Ö, anwesend ab TOP 4Ö

abwesend ab TOP 2Ö, anwesend ab TOP 3Ö
 abwesend ab TOP 2Ö, anwesend ab TOP 3Ö

abwesend ab TOP 5Ö, anwesend ab TOP 6Ö

Mitglieder SPD

Asam, Michael
 Hofmann, Irmgard
 Hörl, Christina
 Hügenell, Helga
 Jordan, Elisabeth
 Mickel, Andrea
 Salvermoser, Richard
 Weitzel, Katja

anwesend ab TOP 2Ö

Mitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Balidemaj, Delija
 Bohr, Sylvio

anwesend ab TOP 2Ö, abwesend ab TOP 2NÖ
 anwesend ab TOP 2Ö

Buchwieser, Georg	anwesend ab TOP 2Ö
Döring, Max, Dr.	
Eberl, Ottilie	
Goldstein, Ulrike	anwesend ab TOP 2Ö
Halbauer, Jan	
Harper, Sophie	
Janner, Elisabeth	anwesend ab TOP 2Ö
Merkel, Gina	
Neubauer, Martina	
Schwaiblmaier, Frauke, Dr.	
Siebler, Joachim	
Speierl, Anton, Dr.	
Stüber, Eckart, Dr.	
Sturm, Erika	anwesend ab TOP 2Ö
Tuttas, Petra	
Wagner, Martin	anwesend ab TOP 2Ö

Mitglieder FW

Bayer, Ludwig	
Gössner, Ute	
Grasser, Maria	
Hartl, Sepp	
Heigl, Marianne	
Hofer, Sepp	
Schanderl, Michael, Dr.	
Schneider, Rainer	
Specker, Konrad	anwesend ab TOP 2Ö
Speer, Anton	

Mitglieder BP

Dorn, Hubert
Weber, Florian

Mitglieder FDP

Baudissin-Schmidt, Barbara Gräfin
von
Berg, Gabriela, Dr.
Münster, Peter
Reuter, Daniel
Wunderlich, Claus, Dr.

Mitglieder AfD

Bock, Robert
Demmel, Christian
Groß, Rainer
Lipp, Oskar
Neuber, Beatrix
Stanke, Daniel
Wieser, Martin

Mitglieder ÖDP

Beuting, Rolf	abwesend ab TOP 9Ö, anwesend ab TOP 10Ö
---------------	---

Mitglieder Die Linke

Kirchner, Stefanie	abwesend ab TOP 2NÖ
--------------------	---------------------

Mayr, Maria
Weber-Teuber, Klaus, Dr.

Mitglied Tierschutzpartei
Wittmann, Susanne, Dr.

Verwaltung

Bertenbreiter, Benedikt
Bruckmann, Wolfgang, Dr.
Büllesbach, Susanne
Getzlaff, Stefan
Maja, Renate
Mauermayer, Constanze
Tworek, Elisabeth, Dr.

Weitere Anwesende

2 Gebärdendolmetscherinnen
Baur, Karl
Els, Maria, Regierungspräsidentin
Gast, Rudolf
Regionalfernsehen Oberbayern
Sonstige Anwesende / Gäste

anwesend ab TOP 2Ö

Protokollführerin

Ewerhardy, Angelika

Entschuldigt

Mitglieder CSU

von Löwis of Menar, Olaf	entschuldigt
Wetzelsperger, Georg	entschuldigt
Wunsam, Günther	entschuldigt

Mitglieder ÖDP

Raschke, Markus	entschuldigt
-----------------	--------------

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Haushaltssatzung 2019 und Haushaltsplan mit Anlagen
TOP 3	Gremienbesetzung - Stellvertretung des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses
TOP 4	Bestellung der Vertreter des Bezirks Oberbayern in der Verbandsversammlung des Donaumoos-Zweckverbands
TOP 5	Interfraktionelle Arbeitsgruppe Arbeiter- und Industriekultur
TOP 6	Antrag der Fraktion CSU vom 18.11.2018: Bestellung der Vertreter des Bezirks Oberbayern in Gremien des Klinikums Ingolstadt
TOP 7	Antrag der Fraktion AfD vom 14.11.2018: Besetzung des Ausschusses für Kultur, Schulen und Museen
TOP 8	Antrag der Fraktion AfD vom 14.11.2018: Bestellung der Vertreter des Bezirks Oberbayern im Bayerischen Bezirkstag
TOP 9	Antrag der Fraktion FDP vom 02.11.2018: Besetzung der Kommission "Bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit"
TOP 10	Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 13.11.2018: Besetzung des Bezirksausschusses
TOP 11	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 09:35 Uhr die öffentliche Sitzung des Bezirkstages, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Bezirkstages fest.

Bezirkstagspräsident Josef Mederer begrüßt Herrn Rudolf Gast und Herrn Karl Baur und die beiden Gehörlösen-Dolmetscherinnen.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen	Ja 68 Nein 0
-------------------	-------------------	------------------------

TOP 2 Haushaltssatzung 2019 und Haushaltsplan mit Anlagen

Nach den Vorberatungen werden die Haushaltssatzung 2019 und alle Anlagen beschlossen.

Bezirkstagspräsident Josef Mederer begrüßt Frau Regierungspräsidentin Els.

Zur Diskussion des Haushaltsentwurfs halten der Präsident und die Vertreter der Fraktionen Reden, die im Folgenden im Manuskript abgedruckt sind:

Haushaltsrede von Herrn Bezirkstagspräsidenten Josef Mederer

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

Kontinuität und Neubeginn – unter dieses Motto möchte ich für mich das Jahr 2019 stellen, für das wir heute den Haushalt beschließen wollen.

Im vergangenen Oktober wurde der Bezirkstag für die Amtszeit bis 2023 gewählt. Alle Fraktionen und Gruppierungen, egal ob erstmals oder bisher schon im Gremium vertreten, gehen mit frischem Elan und vielen neuen Gesichtern an die politische Arbeit. In den ersten Sitzungen konnte man bereits erleben, wie engagiert diskutiert und politisiert wird.

Für einige von Ihnen ist das heute die erste Haushaltsverabschiedung, deshalb möchte ich die wesentlichen Aspekte des Haushaltes 2019 genauer beleuchten.

Zunächst hatten wir im Sommer die Aufgabe, den Landräten und Oberbürgermeistern Planungssicherheit zu geben, was die Festlegung des Hebesatzes 2019 angeht. Diese benötigen jedes Jahr frühzeitig die voraussichtlichen Zahlen des Bezirks, um ihrerseits in die Planungen einsteigen zu können. In den letzten Jahren ist die Zusammenarbeit mit den Umlagezahlern nochmals deutlich intensiver geworden. Wir legen großen Wert darauf, auf Augenhöhe innerhalb der kommunalen Familie zu arbeiten und auch kommunizieren. Deswegen war es für uns eine wichtige Aufgabe, frühzeitig über den Hebesatz zu sprechen und für Transparenz zu sorgen, auch wenn es noch das „alte“ Gremium, also der Bezirksausschuss in bisheriger Zusammensetzung war.

Dass der Wahltermin und damit auch das konstituierende Plenum so spät terminiert wurde, durfte nicht zu Lasten der Umlagezahler gehen. Vielen Dank an dieser Stelle an die Kämmerer, die in den letzten Wochen viele Stunden investiert hat, um gerade den neuen Bezirksrätinnen und Bezirksräten den vielschichtigen und nicht immer einfachen Haushalt des Bezirks näher zu bringen. An dieser Stelle möchte ich auch gleich meinen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen im Haus aussprechen. Mir ist es ein großes Anliegen, auch während des Jahres immer wieder an der richtigen Stelle meine Wertschätzung und meine Anerkennung auszusprechen. Aber am Jahres-

ende darf ich Ihnen allen noch einmal danken mit der Bitte, dies an alle weiterzugeben. Heute Nachmittag bei der Verwaltungsweihnachtsfeier im Casino werde ich dies noch einmal direkt ansprechen können.

Zurück zum Haushalt:

Ich denke, wir haben heute einen Entwurf vorliegen, den wir auch in der neuen Besetzung ohne Abstriche so mittragen können. Wir haben Kontinuität mit dem Hebesatz, wir haben keine Entnahme oder Zuführung an die Rücklage geplant und zu guter Letzt: wir arbeiten weiter entschieden und konsequent an dem Abbau unserer Verschuldung. Wer kann da schon etwas dagegen haben?

Sind wir folglich ohne größere Herausforderungen in ruhigem Fahrwasser unterwegs? Dem ist mit Sicherheit nicht so. Wir haben die letzten fünf Jahre hart und verantwortungsbewusst gearbeitet, um die Themen weiterzuentwickeln und zu lösen, sowohl politisch als auch innerhalb der Verwaltung, und wir sollten gemeinsam an einem Strang ziehen, um auch nach der nun anstehenden Amtszeit zufrieden zurückblicken zu können, denn die Aufgaben und die Verantwortung, die wir tragen, sind gewaltig. Und diese schaffen wir nur, wenn wir gemeinsam arbeiten, gemeinsam die Arbeit der anderen wertschätzen, sowohl innerhalb der politischen Mandatsträger als auch zwischen der Politik und der Verwaltung.

Aber kommen wir nun auf die Eckpfeiler und wesentlichen Aspekte des Haushalts 2019 zu sprechen:

Wir können auch weiterhin auf stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen setzen. Die Gewerbesteuer und auch die Beteiligung an der Einkommenssteuer sind stabil und wachsen, so dass wir auf ein plus in der Umlagekraft von 3,04 Prozent bauen können. Da die übrigen Bezirke stärkere Zuwächse bei der Umlagekraft hatten, steigen die zu erwartenden Einnahmen beim FAG 15 um gut 15 Mio. €, auf nunmehr 87,4 Mio. €, auch wenn der Freistaat diesen Topf heuer nicht erhöhen sollte.

Interessant ist auch, dass wir in Oberbayern sehr unterschiedliche Veränderungen hatten. Wir haben uns immer gefreut, dass in den großen Bereichen Landeshauptstadt und Landkreis München die Zuwächse hoch waren. In den Landkreisen lagen sie eher im unteren Bereich. Dieses Mal ist es anders, der große Zuwachs kommt nicht von der Landeshauptstadt, sondern eher von den Landkreisen. Mir ist wichtig, dass wir bei gleichem Hebesatz die Umlage stabil halten können. Meine Botschaft an Bürgermeister und Landräte ist immer wieder, dass die kommunale Familie in Bayern aus Berlin 5 Milliarden erhält, mit dem dem Passus in der Vereinbarung zum Bundesteilhabegesetz „Zur Entlastung der Kommunen beteiligt sich der Bund an den Kosten der Eingliederungshilfe“. In Bayern ist dieses Geld den Kommunen zugeflossen, nicht dem Bezirk Oberbayern, der die Ausgaben für die Eingliederungshilfe hat. 4 Milliarden erhielten die Gemeinden über die Erhöhung der Umsatzsteuerbeteiligung und die Landkreise über die Kostenerstattung „Kosten der Unterkunft“. Die 5. Milliarde wurde zum Finanzausgleich verwendet. Ich habe den Bürgermeistern und Landräten immer gesagt: das Geld ist euch nur geliehen, wir holen es uns wieder. Nur zur Erinnerung: wenn wir 5 Milliarden vom Bund in die Kommunen in Deutschland verteilen, wäre dies für Oberbayern eine Summe von mindestens 250 Millionen, was einer Umlagepunktstärke von etwa 3,5 bis 4 Umlagepunkte ausmacht. Bei 21 Punkten müssten wir eigentlich 17 bis 17,5 Punkte haben.

Als umlagefinanzierter Haushalt wollen wir Rücklagen aufbauen. Unsere hohen Rücklagen mussten wir in gewaltiger Höhe für eine Einmalleistung verwenden. Dies hatte einen starken Rückgang der Rücklagen zur Folge, diese liegen jetzt bei 35 Millionen Euro.

Auch ein umlagefinanzierter Haushalt kann es sich nicht leisten, hohe Schuldenstände aufzubauen, auch hier haben wir einen konsequenten Weg eingeschlagen und dadurch die Schulden auf 4,6 Millionen Euro reduziert. Dies ist eine vernachlässigbare Größe. Vor 15 Jahren betrugen die Schulden noch 130 Millionen Euro. Diese Reduzierung der Schulden hat uns gezeigt, dass wir alles richtig gemacht haben und auf dem richtigen Weg sind. Die großen Herausforderungen liegen im Ausgabebereich. Dieser ist im Bezirkshaushalt im Einzelplan 4 mit 1.853.345.000 Euro zu

sehen. Ein Teil davon, nämlich junge erwachsene Flüchtlinge, die wir aufnehmen müssen, sind immerhin mit 67,8 Millionen enthalten. Im Pflegebereich stieg die Anzahl der hilfebedürftigen Personen. Auch hier ist eine Erhöhung um 8,3 Millionen nötig, da wir durch das Pflegestärkungsgesetz eine gewisse Entlastung hatten. In der Eingliederungshilfe erwarten wir eine Steigerung von 45,8 Millionen. Unser Ansporn sind weitere Integrationsplätze in Kindertagesstätten, stärkere Ambulantisierung. Auch die eingesetzten 7,4 Millionen Euro für den Krisendienst Psychiatrie waren wichtig. Dieser Krisendienst ist mittlerweile flächendeckend aufgestellt und ein Segen für Menschen, die Hilfe brauchen. Hier waren wir Vorreiter: Als andere noch geredet haben, haben wir gehandelt. Die 2.000 monatlichen Anrufer zeigen uns, dass dieser Dienst wichtig und notwendig ist und die 7,4 Millionen richtig investiert wurden.

In der Diskussion um das Psychisch-Kranken-Hilfegesetz waren wir die Pulsgeber, wir haben das Psychisch-Kranken-Hilfegesetz verändert. Eine große Leistung des Bezirks Oberbayern und des Bayerischen Bezirktags.

Zum Krisendienst möchte ich noch erwähnen, dass der Freistaat Bayern zwar sehr zögerlich, aber nun doch die Kosten der Leitstelle übernimmt. Dies ist bereits eine deutliche Erleichterung für den Bezirk. Wir werden aber nicht nachlassen, auch die Kassen in die Pflicht zu nehmen. Jede verhinderte Aufnahme in eine Klinik erspart den Kassen viel Geld; auch die menschliche Seite, nicht in eine Klinik zu müssen, ist ein Gewinn.

Die Finanzierung der Schulassistenten schlägt bei uns in Oberbayern mit 41 Millionen zu Buche. Hier könnten wir die Gelder effizienter einsetzen, wenn sich die Rahmenbedingungen verändern.

Eine weitere Herausforderung für den kommenden Haushalt ist das bayerische Teilhabegesetz 1, welches am 17.01. dieses Jahres in Kraft getreten ist. Am 01. März erhielten die Bezirke die Zuständigkeit für die ambulante Hilfe zur Pflege. Dieses Gesetz ist in der Kürze unmöglich umzusetzen. Deshalb können die Bezirke noch bis 31.12. dieses Jahres die Aufgaben delegieren. Auch hier wurden wir vorher bereits aktiv und haben erreicht, dass wir von einigen Kommunen bereits ab dem September die ambulante Hilfe übernehmen. Bereits im letzten Haushalt planten wir in weiser Voraussicht 60 Stellen ein. Alle Stellen konnten besetzt werden, die neuen Mitarbeiter wurden entsprechend geschult, wir haben ein neues Bürogebäude angemietet. Sie wissen um die Schwere der Wohnungssuche in München. Wir können bei der Wohnungssuche unterstützen, indem wir Wohnungen der OH/DH zunächst exklusiv unseren Mitarbeitern anbieten. Darüber hinaus haben wir noch eigene Wohnungen, die an unsere Mitarbeiter vermietet werden. Dass wir für die ambulante Hilfe zur Pflege inklusive Nebenleistungen gut 74 Mio. € einstellen, sei der Vollständigkeit halber an dieser Stelle ebenfalls erwähnt.

Absolut nicht zufrieden sind wir damit, dass die finanzielle Hauptlast der jungen Flüchtlinge, die in Oberbayern untergebracht sind, von uns zu tragen ist. Der Bezirk Oberbayern hat teilweise 60 % der Last übernommen. Hier haben wir im kommenden Haushaltsjahr 53,7 Mio. € an Zuschussbedarf eingestellt. Wir rechnen damit, dass uns der Freistaat wieder 40 € pro Fall und Tag, begrenzt auf 12 Monate, für die jungen Volljährigen zur Verfügung stellt, rücken aber von unserer Forderung, die gesamten Kosten zu übernehmen, nicht ab.

Unser Haushalt beinhaltet auch den Vermögenshaushalt. Nach langer Zeit können wir nun die Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule in Ingolstadt neu aufstellen. Die Bauvoranfrage ist in positivem Sinne für uns beschieden worden. Nun gilt es, sowohl finanziell auch planerisch die Vorkehrungen für einen Neubau zu treffen.

In unserem Volksmusikarchiv Bruckmühl konnten wir Liegenschaften erwerben, um hier ein musikalisches Zentrum zu errichten, mit der wir Musik und Kultur nach außen tragen können.

Vor Jahren erwarben wir in Kloster Seeon das Kramerhaus. Hier ist die Renovierung nun abgeschlossen. Es ist ein Juwel mit Tagungsräumen und barrierefreien Hotelzimmern entstanden. Die Energieversorgung werden wir auf eine Hackschnitzelanlage umstellen; die Sanierungen der Ho-

telzimmer und Außenanlagen werden in Angriff genommen. Auch hier steht die Barrierefreiheit im Vordergrund.

Eine große Baumaßnahme, die nun dem Ende entgegen geht, ist die Werkhalle in Johanneskirchen. Hier sprechen wir von einem Einzug Ostern 2019. Diese Baumaßnahme war eine große Herausforderung und mich begeistert das Ergebnis.

Dieses Frühjahr sind wir in den neuen Plenarsaal eingezogen, das Casino-Projekt ist abgeschlossen, die Brandschutzmaßnahmen in diesem Gebäude kommen nun auch zum Ende. Der Empfangsbereich und die Galerie sind wieder eröffnet – natürlich ebenfalls barrierefrei.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend kann man feststellen, dass wir als Bezirk Oberbayern gut aufgestellt sind. Der Hebesatz wird nicht verändert, für die Übernahme der ambulanten Hilfe zur Pflege sind wir gut gewappnet. Deshalb kann ich Ihnen guten Gewissens empfehlen, dem Haushalt zuzustimmen.

Aber eines ist mir noch wichtig: wir können im Bezirk unsere vielfältigen Aufgaben, die wir wahrzunehmen haben, nicht dem Zufall überlassen. Dies wäre viel zu riskant. Deshalb ist mir wichtig, nicht am Status quo zu verharren. Wir müssen selber die Dinge vorantreiben und die Zukunft des Bezirks im gesamten Aufgabenspektrum betrachten.

Deshalb habe ich verwaltungsintern das Projekt „Bezirk 2030+“ ins Leben gerufen, um uns grundsätzliche Überlegungen zu den vielschichtigen Themen des Bezirks zu machen, diese gebündelt zu behandeln und weiterzuentwickeln. Das Ziel ist, die Bezirksverwaltung und alle Einrichtungen zukunftsfit zu machen und gemeinsam zu überlegen, mit welchen inhaltlichen, personellen, finanziellen und sonstigen Herausforderungen wir in den nächsten Jahrzehnten umgehen müssen. Dies kann aber nicht nur Aufgabe der Verwaltung sein. Auch wir als politisches Gremium sind bei richtungsweisenden Entscheidungen gefragt.

Die sogenannten Seeoner Einkehrtage, die Jahresauftaktklausur der Abteilungs- und Referatsleitungen, in diesem Jahr ergänzt durch unsere Einrichtungsleitungen, wird sich mit dem Projekt Bezirk 2030 + beschäftigen. Natürlich sollten am Ende konkrete Maßnahmen und Zeitpläne stehen, aber zunächst gibt es keine Denkverbote. Wie begegnen wir der Digitalisierung? Wie steuern wir dem Fachkräftemangel gegen, gewinnen bzw. halten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Neue Konzepte der Gebäudebewirtschaftung sind genauso gefragt wie innovative Ansätze im Museum oder unseren Schulen. Was heißt Heimat in Zeiten der Globalisierung und der Migration und wie reagieren bzw. agieren unsere Fachberatungen und Museen in diesem Kontext? Ich bin gespannt, welche Ideen und Visionen wir im Laufe dieses Brainstormings einfangen und wie wir sie handfest umsetzen und diese Vorüberlegungen dann zügig als Diskussionsgrundlage in den politischen Prozess einbringen.

Ich hoffe dabei auf Rückenwind durch Sie alle und lade Sie ein, sich aktiv zu beteiligen und Ideen einzubringen. Ich wünsche mir selbst, dem Bezirkstag und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Freude am Gestalten und dazu Kreativität und Beharrlichkeit in der Umsetzung.

Herzlichen Dank für Ihren Einsatz in 2018 und viel Lust an und Mut für die Aufgaben, die 2019 sicher wieder im Übermaß vor uns liegen.

Ich wünsche Ihnen besinnliche Adventstage, ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr. Aber bevor es soweit kommt, möchte ich Sie noch bitten, geben Sie dem Bezirk die Zustimmung zum Haushalt 2018.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Josef Loy (CSU-Fraktion)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
verehrter Herr Bezirkstagspräsident,
sehr geehrte Herren Vizepräsidenten,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bezirksfamilie von Oberbayern,
verehrte Bezirksrätinnen und Bezirksräte,
sehr geehrte Damen und Herren.

In Artikel 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ist das Grundrecht verankert mit dem Satz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Dieses Grundrecht gilt für alle Menschen in unserem Land, für Gesunde und Kranke, für Menschen mit und ohne Behinderung, für Menschen unterschiedlicher Religion und für Menschen unterschiedlicher politisch-demokratischer Ausrichtung. Dies zu achten ist Ausgangslage für alle unterschiedlichsten Begegnungen mit unseren Mitmenschen.

Dieses Grundrecht gilt gerade auch für unser großes Tätigkeits- und Aufgabenfeld des Bezirks Oberbayern. Wir können doch mit Recht und auch mit innerer Zufriedenheit behaupten, dass gerade wir dieses Grundrecht in die Praxis umsetzen im täglichen Einsatz für unsere Mitmenschen in Oberbayern. Eingebunden in die kommunale Familie sorgen wir mit Offenheit, Klarheit und Transparenz dafür, dass unsere Aufgaben, in allen Bereichen, verständlich und nachvollziehbar dargestellt werden. Das ist ein ganz wesentliches Aufgabenfeld unseres Präsidenten, der gebetsmühlenartig für unsere Entscheidungen unsere Ziele und die Wege dorthin wirbt. Dafür besten Dank, Herr Präsident.

Im vergangenen Jahr ist wieder viel gelungen und auf den Weg gebracht worden. Alle Vorhaben und Entscheidungen dienen letztlich den Menschen in Oberbayern, die Hilfe in verschiedenen Lebenslagen benötigen und denen wir verpflichtet sind. Vieles kann nur mit Erfolg gelingen, wenn die politische Überzeugung stimmt, wenn nicht nur der Kopf, sondern auch die Hand und das Herz für die Herausforderung im Einklang arbeiten. Es kann nur gelingen, wenn in unserer Verwaltung mit hohem fachlichen Können und mit großem Engagement für die Aufgaben und Ziele gearbeitet wird. Und es kann nur gelingen, wenn unsere Partner im sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Bereich am gleichen Seilende mitziehen und für eine erfolgreiche Umsetzung sorgen. Heute beraten und beschließen wir das große Haushaltswerk für 2019. Eine gewaltige Summe an Geld wird bewegt. Für 2019 sind es insgesamt 1.985 Mrd. Euro. Die Steigerung zu 2018 beträgt 3,7 % oder ca. 71,0 Mio. Euro. Wir wollen dabei die Umlagepunkte nicht erhöhen. Und dies ist nur möglich, weil wir in Oberbayern dank der guten Wirtschaftslage, dank der fleißigen Bevölkerung die Tat für Tag ihren großen Einsatz an den Arbeitsplätzen leistet, entsprechende Steuermittel erarbeitet und damit anteilig Mittel auch in die kommunalen Kassen spült. Ob das dauerhaft so bleibt, entscheidet allein die globale Eingebundenheit in die europäische und Weltgemeinschaft und unser Bestreben, Neues zu entdecken und Neues zu entwickeln.

Blicken wir in unseren Bezirkshaushalt. Folgende Grundsätze sind Leitbild eines ausgeglichenen Haushaltes:

- solide und verantwortungsvolle Haushaltsführung
- sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Mittel
- keine Kreditaufnahme
- keine Verpflichtungsermächtigungen

Wenn diese Ziele und Vorgaben erreicht sind, dann steht der Haushalt auf sicheren Füßen, auf einem guten Fundament. Unser Bezirkshaushalt erfüllt diese Vorgaben. Ein verantwortungsvoller Umgang mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln in allen Abteilungen, Sachgebieten, Einrichtungen hat, zusammen mit der Kämmerei, über die letzten Monate zu der heutigen Vorlage geführt. Hier gilt ein besonderer Dank an alle, die an diesem Werk Jahr für Jahr mitarbeiten und es zu einem abstimmungsfähigen Zahlenwerk formen.

In allen Fachausschüssen und im Bezirksausschuss ist der Haushaltsentwurf erläutert und abgestimmt worden. Alle Fraktionen haben darüber ausführlich beraten. Besonderer Dank gilt an dieser Stelle unserer Kämmerei, Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber für die transparente und übersichtliche Darstellung des Gesamtwerkes.

Wir können an allen Stellen und in allen Bereichen Steigerungen feststellen. Dies ist zum einen einer Aufgabenmehrung geschuldet und zum anderen steigen die Fallzahlen, steigen die Anforderungen und auch die gesetzlichen Vorgaben. Und, der Bezirk Oberbayern wächst in seiner Einwohnerzahl stetig an und damit auch der Bedarf an entsprechender Hilfeleistung. Im Umlagebereich ist eine Steigerung zu vermerken um rund 218 Mio. Euro. Mit unserer Umlagekraft liegen wir an der Spitze in Bayern und das soll hoffentlich auch künftig so bleiben. Die Zuweisung aus dem Artikel FAG 15 steigt um 15,1 Mio. Euro auf 87,4 Mio. Euro. Gleiches Spiel wie jedes Jahr. Diese staatliche Unterstützung reicht gerade mal bis zum 20. Januar. Danach greift die Umlage, die von den Landkreisen und kreisfreien Städten zu entrichten ist. Eine Erhöhung der staatlichen Zuwendung im Blick auf die ständige Steigerung des Sozialhaushaltes, ist dringend erforderlich. Ob die neue Verbandsspitze eine Steigerung verhandeln kann, bleibt abzuwarten. Beim Verteilen der staatlichen Mittel sind wir leider nur der Juniorpartner.

Dank der jährlichen Zuweisung von 5,0 Mrd. Euro Bundesmittel an die Kommunen zum Zweck der Entlastung für die Ausgaben der Eingliederungshilfe, können wir mit Recht nach außen diesen Anspruch behaupten. Fordern müssen wir, dass diese Bundesmilliarden auch dynamisiert werden. Auch hier ist der Bayerische Beiratsrat massiv aufgerufen, dies in Berlin und auf Bundesebene einzufordern. Blicken wir in unseren Haushalt und seine Einzelpläne, so fällt uns auf, dass wir mit hoher Verantwortung das Zahlenwerk vorbereitet sehen. Der vorgelegte Stellenplan mit den notwendigen zusätzlichen Personalstellen, ist ausreichend begründet und erforderlich, um die Aufgaben und Anforderungen zeitnah und gründlich zu bewältigen. Auch begrüßen wir es sehr, dass wir ausreichend Ausbildungsstellen schaffen und besetzen, um unseren Nachwuchs selbst zu fördern. Die Ausstattung und Förderung unserer Schulen liegt uns sehr am Herzen. Wir sind sehr zufrieden über den baulichen Fortschritt im Berufsbildungswerk Johanneskirchen und freuen uns auf den Umzug und die Betriebsaufnahme im kommenden Jahr. Auch die positive Entwicklung für die Planung der neuen Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule in Ingolstadt gibt uns die Zuversicht, dass wir in absehbarer Zeit mit der Umsetzung dieser Baumaßnahme rechnen können. Für das Agrarbildungszentrum Landsberg soll ein Masterplan entwickelt werden, um auch hier die künftige Anforderung an Bildung und Ausbildung modern und gut fundiert zu gewähren. Das schulische Angebot in der Schule für Holz und Gestaltung in Garmisch-Partenkirchen soll ebenfalls ausgeweitet werden. Das begrüßen wir sehr und tragen auch die notwendigen Verbesserungen mit.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Verantwortung liegt im kulturellen Bereich. Dort können wir uns nach außen präsentieren und den Auftrag, unsere Heimat zu bewahren und weiter zu entwickeln, wahrnehmen. In unserem Volksmusikarchiv ist ein Konzept zur weiteren Nutzung des Gebäudebestandes aufzustellen. Dort wollen wir uns politisch beteiligen. Das Kultur- und Bildungszentrum in Seeon bleibt eine große Herausforderung für gute Ideen, ausgereifte Planung und bedarfsgerechter Umsetzung. Energieversorgung, Modernisierung der Zimmer, Neubau Fischerei und Imkerei sind auf die Schienen gesetzt und sollten zügig umgesetzt werden. Unser Schafhof- Europäisches Künstlerhaus Oberbayern - soll in der Grundkonzeption erhalten bleiben und daneben auch Raum geben für regionale Kulturvermittlung. Wir freuen uns auf das nächstjährige Kulturfestival Oberbayern ZAMMA in Garmisch Partenkirchen.

Ein wichtiger und weiter auszubauender Bereich oberbayerischer Kulturarbeit ist die Pflege der Erinnerungskultur. Gedruckte, gestaltete, gesprochene und geformte Erinnerung an die Vorgänge während der schrecklichen Nazi-Herrschaft im letzten Jahrhundert muss lebendig und für die nachkommenden Generationen erhalten werden. Nur wer Geschichte und personenbezogene Betroffenheit vermittelt bekommt, kann eine Zukunft mit gestalten, die solche Vorgänge ausschließt. Die hauptsächliche und übergewichtige Aufgabe unseres bezirklichen Handelns und Wirkens liegt in der sozialen Verantwortung gegenüber Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind. Dazu einige Schwerpunkte, die wir gemeinsam weiter voran bringen müssen:

- Ausbau des Krisendienstes

- Errichtung von Pflegestützpunkten in einem regionalen Netzwerk. Dazu brauchen wir die aktive Mitarbeit der Landkreise, der Pflege- und Krankenkassen
 - Umsetzung des bayerischen Teilhabegesetzes. Hier wollen wir die betroffenen Menschen stärken für Teilhabe und Selbstbestimmung. Teilhabe bedeutet auch Eigenständigkeit, Eigenverantwortung und gleichwertige Lebensbedingungen. Eine große Herausforderung in vielen Bereichen, die wir nur meistern können, wenn alle Beteiligten sich aktiv und konstruktiv einbringen und neben Forderungen auch Selbstbeteiligung anbieten.
 - Ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege.
- Ab 1. Januar 2019 sind wir Bezirke dafür allein verantwortlich. Mit großer Professionalität und fachlicher Voraussetzung gehen wir diese Aufgabe an. Keine betroffene Person bleibt auf der Strecke oder erfährt eine Reduzierung der Hilfe. Die Übernahme aus den Landkreisen und kreisfreien Städten erfolgt eins zu eins. Wer etwas anderes behauptet verunsichert die betroffenen Menschen.
- Budget für Arbeit und Übergang in den ersten Arbeitsmarkt aus den Werkstätten. Dieses Thema wird uns weiter stark beschäftigen und auch fordern. Wenn wir Teilhabe gemeinsam ernst meinen, so gilt das auch für das Recht auf Arbeit und entsprechende Leistungsvergütung. Hier sind die Werkstätten besonders betroffen.
 - Schulbegleitung: Hier erwarten wir eine Lösung, vor allem aus der Staatsregierung, was den Bildungsbereich angeht. Dazu haben wir ja beste Verbindung an den Koalitionspartner über unseren Kooperationspartner. Die dramatische Kostensteigerung in diesem Bereich kann und darf nicht nur die Bezirke treffen.
 - Ausbau und Erweiterung der Einrichtungen der Behindertenhilfe: Eine Region wie Oberbayern, die ständig wächst, muss auch im Bereich der Versorgung wachsen. Wir brauchen zur Unterstützung der Menschen mit Handicaps auch künftig weitere Förderstätten, entsprechende Wohnformen und Wohngruppen und Angebote stationärer und teilstationärer Hilfen.
 - Förderung der freien Wohlfahrtspflege: Die finanzielle Unterstützung der Hilfs- und Beratungsangebote steigt stetig zwischen 4 und 5 Prozent jährlich an. Die Notwendigkeit ist in der Nachfrage begründet.
 - Unbegleitete junge Erwachsene: Ein Thema, das uns nach wie vor beschäftigt. Wir Bezirke sind für Aufgaben der Asylbewältigung nicht zuständig. Gleichwohl aber für die Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen der Sozialgesetzgebung. Unablässig werden wir fordern, dass wir von diesen finanziellen Verpflichtungen entlastet werden. Eine Zuständigkeitsverlagerung auf die Landkreise und kreisfreien Städte, die für die Umsetzung zuständig sind, wäre mehr als nur gerecht.
 - Mittelbereitstellung ohne Gestaltungsmöglichkeit geht nicht.

Werfen wir auch einen Blick auf unseren Gesundheitsversorgungsauftrag und hier auf unser Kommunalunternehmen kbo. Seit elf Jahren eine Erfolgsgeschichte in jeder Beziehung. Ausbau der Versorgungsangebote, Steigerung der Personalausstattung, Modernisierung der bestehenden Kliniken. Neue Versorgungseinrichtungen regionsweit und vieles, vieles mehr zeigt, wie kbo den Versorgungsauftrag ernst nimmt und nicht nur den Bedarf abdeckt, sondern auch neue Perspektiven entwickelt. Eine gewaltige Herausforderung ist für die nächste Zeit der Neubau und die Sanierung unseres Kinderzentrums an der Heighofstraße. Die Beteiligung des Bezirks ist beschlossen und wird in den nächsten Jahren abfließen. Eine verantwortliche Planung und realistische Umsetzung ist die große Aufgabe der Verantwortlichen in der Klinik, in der Bauverwaltung, in den Planungsbereichen und letztlich auch in unseren Entscheidungen. Wenn wir gemeinschaftlich mit anpacken, dann wird das Ergebnis auch gemeinschaftlich gut. Gerne unterstützen wir auch die Überlegungen, Wohnraum für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Klinikstandorten zu schaffen. Dazu ist, wenn nötig, auch die konstruktive Zusammenarbeit mit den somatischen Kliniken erforderlich. Gleiches gilt für die Ausbildung von Pflegepersonal in den kbo-Schulen für Krankenpflege. Auch dort ist, wenn notwendig, ein Ausbau zu fordern. Was unsere Baumaßnahme betrifft, so können wir doch mit Freude und Zufriedenheit zurück und nach vorne blicken. Das Eingangsgebäude an der Glentleiten ist ein Schmuckstück, von außen und von innen geworden. Ein Ort, wo man sich gerne aufhält und wohl fühlt. Ein Ort, wo man sich gut versorgen lässt, auch mit eigenem Bier. Das Arbeiter- und Industriemuseum liegt dagegen erst in den Anfängen, aber es wird doch konkret. Wir kommen in den Verhandlungen voran. Wir haben Vorstellungen und Konzepte und wir können uns die Zusammenarbeit mit Stadt und Landkreis vorstellen. Die Modernisierung der Sitzungsräume ist abgeschlossen. Der Sonnenschutz funktioniert, wir haben ausreichend Platz und die schalltechni-

sche Ausstattung wird auch noch optimiert. Jetzt werden wir nach und nach die restlichen Dachflächen unserer Verwaltungsgebäude ertüchtigen.

Unsere Baugesellschaften, Oberbayerische Heimstätten und Deutsches Heim, sind eingebunden in die Überlegungen Bezirk 2030 und bestrebt, sozial verträglichen Wohnraum zu schaffen und das nicht nur in Haar, sondern im ganzen Bezirk Oberbayern. Das wirtschaftliche Ergebnis ist sehr erfolgreich und zeugt von hoher Fachlichkeit und hoher Verantwortung für die Liegenschaften. Deshalb ist es auch möglich, mit der Oberbayerischen Kulturstiftung viele Maßnahmen in der Region zu unterstützen. Unsere Schulden werden zum Ende 2019 auf 4,6 Mio. Euro gesunken sein. Dank einer verantwortungsvollen Finanzpolitik ist dieser Stand erreicht worden. Und, wir werden keine neuen Schulden machen. Die Rücklagen sind für unsere Verpflichtungen ausreichend gesichert und können durchaus Unwegbarkeiten in gewissen Bereichen ausgleichen. Wir brauchen keine Rücklage zur Stabilisierung des Hebesatzes auflösen. Das Gesamtwerk steht und wird heute abgestimmt.

Die CSU-Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushalt für 2019 mit Stellenplan und Finanzplan zu. Wir stimmen auch dem Hebesatz von 21,00 Prozentpunkten zu.

Am Ende meiner Ausführungen möchten wir, die CSU-Fraktion, uns besonders bedanken für Engagement, Einsatz, Kraft und Mut bei

- unserem Präsidenten, der mit hoher Verantwortung, mit Weitblick, mit Ideen und Zukunftsperspektiven und hohem politischen Geschick diesen Bezirk leitet.
- unseren Vizepräsidenten für ihren Einsatz
- der ganzen Bezirksverwaltung mit unseren Spitzenkräften, der Pressestelle, allen Abteilungs- und Sachgebietsleitungen
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der großen Sozialverwaltung, dem Kulturbereich und in den bezirklichen Einrichtungen
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im kbo – Kommunalunternehmen zusammen mit allen Kliniken und Einrichtungen
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Schulen und Bildungseinrichtungen
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Baugesellschaften
- unseren Kooperationspartnern den Freien Wählern und der SPD, für die konstruktive Zusammenarbeit
- allen Kolleginnen und Kollegen des Bezirkstages von Oberbayern für die Zusammenarbeit auf Augenhöhe

Gemeinsam mit der ganzen CSU-Fraktion wünsche ich Ihnen noch besinnliche Adventstage. Für das Weihnachtsfest Friede, Geborgenheit und Zufriedenheit in Ihren Familien und Gemeinschaften. Bleiben wir wachsam für die Menschen, die auf der Suche nach einer Herberge für Leib und Seele und auf der Suche nach Hilfe sind. Für das kommende Jahr wünsche ich Ihnen allen stabile Gesundheit, Kraft und Mut für all unsere Aufgaben, klaren Geist, Hoffnung und Optimismus, sowie Freude und gute Zusammenarbeit zum Wohl unseres Bezirkes Oberbayern. Gottes Segen für uns alle, unsere schöne und lebenswerte Heimat und unseren Bezirk Oberbayern.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Martina Neubauer (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Die Bezirke leisten einen wesentlichen Beitrag für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Guten Morgen sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrtes Präsidium,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren.

Das kommende Jahr ist mit Blick auf die Haushaltssituation aus Sicht der Kämmerei und aus unserer Sicht ein gutes Jahr. Die Kollegen haben es bereits erwähnt. Mindestzuführung kein Problem, Fallzahlsteigerung noch kein Problem, Schuldenabbau kein Problem. Das kommende Jahr ist auch aus unserer Sicht ein gutes Jahr. Das hat natürlich mit der anhaltend guten wirtschaftlichen Situation in Bayern und insbesondere in Oberbayern zu tun. Das war nicht immer so und wir wissen nicht, wie es in Zukunft weiter gehen wird. Ich denke schon, dass wir auch wieder in wirtschaftlich schwierigere Zeiten zusteuern. Und dann sind wir umso mehr gefordert, uns für die Menschen einzusetzen, für die wir verantwortlich sind.

Wir haben die großen Anforderungen insbesondere der UN-BRK, dem BTHG und einer würdigen Pflege für ältere Menschen gerecht zu werden. Wir werden noch härtere Diskussionen führen müssen, wenn es um die Mittelverteilung für eine solidarische, vielfältige und offene Gesellschaft geht. Die erste Vorläufer dafür spüren wir nicht nur bei Einbrüchen des Steueraufkommens, sondern auch in unseren Parlamenten und Gremien. Deshalb fordern wir alle demokratischen Parteien auf, klare Haltung zu zeigen, sich deutlich gegen Rechts zu positionieren und uns gemeinsam für unsere Demokratie einzusetzen. Das ist der wesentliche Auftrag, den die Bürgerinnen und Bürger uns bei ihrer Wahl - die sich in diesem Jahr auch mit einer erfreulich hohen Wahlbeteiligung auszeichnete - mitgegeben haben. Auch wenn die Aufgaben der bayerischen Bezirke häufig nicht im Fokus stehen, leisten sie einen wichtigen Beitrag für eine sozial gerechte, lebendige Gesellschaft.

Ob wir auch vor den Kommunalwahlen 2020 die Bezirksumlage stabil halten können, hängt von vielen Faktoren ab. Aber wir kündigen heute schon an, dass wir es nicht zulassen werden, dass aus wahltaktischen Gründen die Umlage 2020 nicht realistisch eingepreist wird - zu Lasten der Menschen mit Behinderung, der älteren Menschen und zu Lasten einer lebendigen Heimatpflege und vielfältiger kultureller Angebote. Dies alles trägt zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei und ist Fundament für unsere Demokratie.

Bislang ist es nicht gelungen, die Finanzierung der bayerischen Bezirke auf neue Füße zu stellen. Es bleibt abzuwarten, ob das, was der neue Bezirkstagspräsident Franz Löffler in seiner Antrittsrede vollmundig angekündigt hat, realistisch ist. nämlich einen Anteil aus dem Steueraufkommen für die Bezirke sicherzustellen. Wir bedauern, dass unser Bezirkstagspräsident Josef Mederer die bayerischen Bezirke nicht mehr als Präsident vertritt. Er war mit seiner - für CSU-Verhältnisse - liberalen Haltung und den im bayerischen Gesamtvergleich innovativen Initiativen, ich erinnere an die Forderung nach Drogenkonsumräumen oder die Etablierung der Krisendienste, eine starke Stimme auch gegenüber dem Freistaat. Es bleibt zu vermuten, dass dies dem neuen Ministerpräsidenten ein Dorn im Auge war. Wir hoffen, dass mit Rainer Schneider aus Oberbayern, der zum Schatzmeister ins Präsidium gewählt wurde, aber insbesondere mit der 1. Stellvertreterin des Bezirkstagspräsidenten, unserer GRÜNEN stellv. Bezirkstagspräsidentin Barbara Holzmann aus Schwaben, die richtigen Korrekture ins Präsidium geschickt werden konnten, sodass zum einen Oberbayern nicht ganz außen vor ist, aber insbesondere eine hohe Fachlichkeit vertreten ist.

Wie immer liegt unser Hauptaugenmerk auf dem Einzelplan 4 – der Erfüllung unserer Aufgaben im gesamten Sozialbereich. Bei über 90 % unseres Haushalts liegt hier trotz der gesetzlichen Rahmenbedingungen auch ein relativ großer gestalterischer Spielraum, schon aufgrund der Zahlen. Mit der 2. Fortschreibung des Sozialberichts, dafür ein herzlicher Dank an Frau Tobolar-Karg und ihr Team, ist ein umfangreiches, detailliertes Gesamtgrundlagenwerk mit Handlungsempfehlungen entstanden. Es wird spannend, wie die zukünftig erforderliche Zusammenarbeit in der Sozialpla-

nung mit den Kreisen und kreisfreien Städten gelingt. Wir sehen darin eine große Chance, die Kenntnisse vor Ort und die gesamtplanerischen Aufgaben des Bezirks zum Wohle der Menschen zusammenzubringen. Dafür wünschen wir viel Erfolg und sind auf die Erkenntnisse und Ergebnisse gespannt. Wir erwarten hier große Synergieeffekte und fordern heute schon dazu auf, im Sozialausschuss regelmäßig zu berichten.

Lassen Sie mich auf ein paar Schmerzpunkte eingehen:

Wir bewilligen nach wie vor den Bau stationärer Einrichtungen und fördern weiterhin den Ausbau der Werkstätten für Menschen mit Behinderung und von Förderstätten. Dabei ist uns bewusst, dass ein schneller Wandel - auch mit der Ratifizierung der UN-BRK - nicht zu erwarten war; aber es geht uns zu langsam! Und mit jedem Neubau verfestigen wir Strukturen. Lassen Sie uns hier gemeinsam noch deutlicher umsteuern und insbesondere Initiativen für den Zugang zum 1. Arbeitsmarkt ergreifen. Unsere Devise: gesellschaftliche Teilhabe und das Selbstbestimmungsrecht jeder und jedes Einzelnen sind die Grundlage unserer Entscheidungen.

Ich fordere unseren Vertreter im Präsidium des Bayerischen Bezirkstags sowie die Vertreterinnen und Vertreter in den Fachausschüssen dazu auf, das Thema Schulassistenz endlich auch auf pädagogisch-vernünftige Beine zu stellen. Es kann ja wohl nicht sein, dass hier keine Regelung gefunden werden kann, die den Schülerinnen und Schülern und dem Schulalltag in gleicher Weise gerecht werden. Wer den Bildungsauftrag hat, ist klar geregelt! Lassen Sie uns auch direkt mit den Expertinnen und Experten in eigener Sache in die Diskussion treten. Wünsche, Ängste, Vorbehalte können im direkten Kontakt sehr viel besser besprochen und einer Klärung zugeführt werden. Es ist eine Riesenchance miteinander anstatt übereinander zu sprechen.

Wir meinen es ernst

- mit der Umsetzung der UN-BRK,
- mit dem Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen,
- mit ambulant vor stationär.

Nun haben die Bezirke nach einer Übergangsfrist zum 01.01.2019 auch vollumfänglich die ambulante Hilfe zur Pflege übernommen. Die Argumente, die Hilfe aus einer Hand zu gestalten, waren überzeugend, nun müssen wir diesem Anspruch aber auch gerecht werden! Denn klar ist, dass die Landkreise und kreisfreien Städte viel näher an den Menschen dran sind und viel genauer Entwicklungen absehen können. Sie kennen die unterstützenden Strukturen vor Ort, sie haben den Auftrag, mit den seniorenpolitischen Gesamtkonzepten zukünftige Entwicklungen und Bedarfe zu analysieren und Handlungsempfehlungen auszusprechen. Es muss nun gelingen, die Erkenntnisse der kommunalen Zuständigkeiten gut miteinander abzustimmen.

Die ambulanten Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Suchterkrankungen sind ein wichtiger Beitrag für die Teilhabe der Betroffenen in ihrem sozialen Umfeld. Das bayerische Rahmenkonzept zur ambulanten Krisenversorgung, das vom Hauptausschuss des Verbands der Bayerischen Bezirke bereits 2012 verabschiedet wurde, ist nun zumindest in Oberbayern umgesetzt.

Aufgabe der kbo ist es, die Versorgung der Menschen mit psychischen Erkrankungen sicherzustellen, d.h. Angebote zu schaffen, die in den verschiedenen Regionen Oberbayerns die Menschen erreichen. Die bestmögliche Versorgung und nicht die Gewinnmaximierung sind dabei der Leitfaden, und unsere kbo Kliniken sind auf einem guten Weg dazu, vielen Dank dafür allen Beteiligten. Deshalb fordern wir, dass bei der Weiterentwicklung des pauschalierenden Entgeltsystems Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) ein besonderes Augenmerk auf die sektorenübergreifende Finanzierung gelegt wird, d.h. dass die Finanzierung ambulanter und stationärer Angebote miteinander verzahnt werden muss, damit alle Patientinnen und Patienten lückenlos versorgt werden können, ohne die Gefahr, dass sie zwischen den unklaren Zuständigkeiten aufgerieben werden.

Ebenfalls fordern wir, dass die Notfall-Versorgung, d.h. die Aufnahme rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche, Niederschlag in der Finanzierung der PEPPs findet, da die Vorhaltekosten ungleich höher sind als bei psychiatrischen Kliniken, die diese Versorgung nicht anbieten.

Schwierigkeiten sind zu erwarten, dass sowohl bei den Kliniken als auch bei allen anderen Einrichtungen, Mitarbeiter an uns zu binden. Dies hat mit unserer Metropolregion zu tun. Wohnraum ist knapp, Lebenshaltungskosten sind hoch. Deshalb begrüßen wir es sehr, dass alle Anstrengungen unternommen werden, Wohnraum zu schaffen und alles im Tarifsysteem auszuschöpfen, was möglich ist. So können wir es schaffen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten. Die Anforderungen sind anspruchsvoll und werden nicht weniger werden.

Ich möchte noch auf den Punkt Energie und Bauen eingehen. In der letzten Amtsperiode waren einige unserer Anträge in dem Bereich Umweltschutz durchaus erfolgreich. So wurde mit dem Bekenntnis zum Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel ein weiterer wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer ökologischen Landwirtschaft erreicht. Dafür gilt unser Dank auch Herrn Schwerdtner, der dies zunächst nicht für machbar gehalten hat und nun die Bezirksgüter ohne den Einsatz von Pestiziden bewirtschaftet. Unsere Forderung, dass wir unsere eigenen Flächen ökologisch bewirtschaften bleibt natürlich bestehen.

Und auch im Energiebereich ist noch Luft nach oben. Spätestens nach diesem Sommer ist doch allen klar, dass jede/r seinen Beitrag leisten muss. D.h. die energetische Optimierung im Bestand und höchste Standards beim Neubau müssen für uns als öffentliche Hand ebenso selbstverständlich sein, wie auch das Achten auf einen Fuhrpark, der nicht nur möglichst wenige Autos und ebenso Fahrräder bewirtschaftet, aber auch das „Mitnehmen“ der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist erforderlich, sie dafür zu sensibilisieren. Ob der jetzt vollmundig angekündigte Arbeitskreis Umwelt in die richtige Richtung geht, wissen wir nicht, aber wir haben das Zeichen von Herrn Mederer verstanden, dass er sich auf den Weg machen möchte.

Im Bereich der Kultur und Heimatpflege können wir auch in diesem Jahr in der Gesamtschau sagen, dass der Bezirk Oberbayern in diesem Bereich positives bewegt hat. Viele kleine und mittlere Initiativen wurden gefördert, daneben gab es Förder- und Kulturpreise und die fachlich gute Arbeit unserer Einrichtungen, der Verwaltung und der Fachberatungen. Erlauben Sie mir, dass ich einige wenige exemplarisch hervorhebe. Unsere Bezirksheimatpflege ist mit vielfältigen Aufgaben befasst. Neben der Beratung vor Ort, der Denkmalförderung möchte ich die kleinen aber feinen Salongespräche von Dr. Norbert Göttler hervorheben, die seit einiger Zeit veranstaltet werden. Zuletzt kurz nach den Wahlen fand im Kleinen Theater in Haar ein großartiges, berührendes, Podiumsgespräch zur Erinnerungskultur und zur Euthanasie in den Bezirkskliniken statt. Dafür mein herzlicher Dank. Wir hoffen, dass der bezirksinterne Arbeitskreis sich nun öffnet, sodass auch die politisch Verantwortlichen, und ich spreche hier deutlich von Verantwortung, eingebunden werden, um anstehende Entscheidungen zu treffen und für breite Akzeptanz zu sorgen.

Unser Kultur- und Bildungszentrum, Kloster Seeon, erhält durch den Erwerb des neuen Gebäudes eine Abrundung, die letztlich zu einer weiteren Aufwertung führen wird. Hier stehen weiterhin Veränderungen an, die nicht nur auf Gegenliebe vor Ort stoßen; auch hier fordern wir eine gute Abwägung und Beteiligung ein.

Ich möchte die Wichtigkeit unserer Imkereifachberatung, die große Anerkennung weit über die Grenzen Oberbayerns hinaus genießt, betonen. Es ist erfreulich, dass dies auch von Ihnen mehrheitlich so gesehen wird und es im kommenden Jahr, mit den Umbauten in Kloster Seeon, auch hier zu Stellenaufstockung kommen wird.

Im kommenden Jahr dürfen wir uns wieder das ZAMMA-Festival freuen. Die „Austragungsorte“ haben sich in den letzten Jahren einen Wettbewerb der kreativsten Ideen und der meisten Besucherinnen und Besucher geliefert. Auch dieses Fest trägt dazu bei, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken. Die Vereine, Verwaltungen und viele Akteure sind aufgefordert mit der kompetenten Unterstützung der Bezirksverwaltung zusammen kreative Ideen entwickeln - und das wirkt nachhaltig - das kann ich aus eigener Erfahrung berichten. In der Jugendarbeit, die uns sehr am Herzen liegt, gibt es ein gutes, kooperatives Miteinander mit dem Bezirksjugendring.

Was fehlt ist die seit langem im Gespräch befindliche Fachstelle gegen Rechts. Wir bestehen darauf, dass diese Stelle nun endlich eingerichtet wird. Diese ist dringend erforderlich, um die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vor Ort zu unterstützen und zu stärken, um junge Menschen gar nicht erst den Gefahren, der rechten Propaganda auszusetzen, sie auf ihrem Weg zu stärken.

Unser Dank gilt zunächst der Finanzverwaltung, der es gelungen ist, den Haushaltsentwurf in einem transparenten Verfahren aufzubereiten, der Fraktion vorzustellen und in den Gremien zu beraten. Dafür Herrn Getzlaff und seinem Team ein herzliches Dankeschön.

Danken möchte ich im Namen der Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Einrichtungen und der Kliniken des Bezirks Oberbayern. Danke für Ihr Engagement und Ihren Einsatz.

Unser Dank gilt dem Gesamtpersonalrat und dem Betriebsrat sowie dem Verwaltungsrat und dem Vorstand der Kliniken.

Ihnen allen frohe Festtage, eine geruhsame Zeit „zwischen den Jahren“, ein gesundes und glückliches neues Jahr. Lassen Sie uns mit Mut und Zuversicht die Aufgaben anpacken, für ein vielfältiges, soziales und offenes Bayern!

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Sepp Hofer (Fraktion FREIE WÄHLER)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
verehrtes Präsidium,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine verehrten Damen und Herren.

Zunächst einmal ein herzliches Dankeschön von den Freien Wählern an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksverwaltung für die Vorbereitung des Haushaltsentwurfs. Vor allem Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber danken wir ganz besonders, auch für die ausführlichen Erläuterungen der Unterlagen und die umfassende Beantwortung unserer Fragen.

Ich möchte meine Haushaltsrede in zwei Teile aufgliedern. Im ersten Teil möchte ich Einiges zum Bezirkshaushalt sagen. Im 2. Teil möchte ich Ihnen ein Projekt vorstellen, eine Herzensangelegenheit von mir, nämlich das Patenprojekt „Jugend in Arbeit“ aus dem Landkreis Rosenheim, was wohl einzigartig ist.

Beginnen wir mit dem Bezirkshaushalt:

Böse Zungen reden von Augenauswischerei, wenn es wieder heißt: der Hebesatz bleibt gleich. Ist es doch so, dass die Umlagekraft um 218 Millionen Euro steigt, allerdings steigen auch unsere Ausgaben und dies muss aufgefangen werden.

Ich glaube, viele Zahlen werden wir noch von den Kolleginnen und Kollegen hören und sind auch aus dem Gesamtwerk von Herr Getzlaff herauszulesen. Einige Anmerkungen möchte ich aber trotzdem zur Gesamtsituation machen:

Bei den Schulbegleitern ist unseres Erachtens ein systemischer Wechsel zu vollziehen. Es ist nicht finanzierbar, wenn die Bezirke die Kosten der individuellen Assistenzen zu tragen haben und sich der Freistaat Bayern als Schulaufwandsträger seiner Verantwortung entzieht. Notwendig ist, dass die Schulbegleiter Teil der Lehrerkollegien werden und somit direkt bei der Schule angesiedelt sind. Damit ist auch die Finanzierung über die staatliche Ebene abzuwickeln und eine deutlich höhere Effizienz zu erzielen, weil mit einem weitaus geringeren Personalaufwand mindestens gleichwertige Ergebnisse erzielt werden. Allerdings ist dazu noch eine vernünftige Ausgestaltung des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern gesetzlich zu fixieren.

Ein weiteres heikles Thema sind die unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA). Sobald diese volljährig sind, beteiligt sich der Freistaat nur noch mit 40 Euro pro Person und Tag an den Kosten. Bei den durchschnittlichen Tagessätzen von rund 106 Euro sind dies nur knapp 38% der tatsächlichen Kosten. Es handelt sich beim Flüchtlingsthema eindeutig um eine Bundes- bzw. Landesaufgabe! So wird es auch in allen übrigen Bundesländern gesehen! Aber, die Kosten werden kommunalisiert, obgleich der Freistaat einen Aufwendungsersatz bekommt, den er aber leider nicht an die Bezirke weitergibt. Damit werden die Umlagezahler, Landkreise und Gemeinden, über das notwendige Maß hinaus belastet. Dies muss aufhören.

Ein wichtiges Ziel, welches wir Freien Wähler in den Kooperationsausschuss eingebracht haben, ist die Schaffung von Wohnraum für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber nicht nur auf bezirkseigenen Flächen. Auch Bund und Freistaat müssen ein Interesse daran haben, das Thema Wohnen sozialverträglich zu gestalten. Dazu können und wollen wir mit unserer Oberbayerischen Heimstätte, der OH, einen Beitrag leisten, wenn auch die Vorgenannten in ihrem Eigentum befindliche Grundstücke zu angemessenen Konditionen zur Verfügung stellen. Damit können dezentrale Einheiten geschaffen werden und es muss keine Konzentration an einem Standort, z.B. Haar, erfolgen. Dezentrale Klinikstandorte fordern auch dezentrales Wohnen. Somit kann der Individualverkehr vermieden werden und Menschen erhalten eine wohnortnahe Beschäftigung. Dies ist ein Gebot der Fairness, aber auch der wirtschaftlichen Vernunft!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Fraktion der Freie Wähler wird dem Haushalt zustimmen! Dafür gibt es noch weitere Gründe:

Wir haben Projekte am Laufen die weiter laufen müssen und auch sollen, wie der Umbau Kloster Seeon. Wir können stolz darauf sein, was in den letzten Jahren auf die Beine gestellt wurde. Der Umbau Johanneskirchen, wo letzten Freitag die Gesellengala stattfand. Wer in die Kinderaugen gesehen hat, hat gemerkt, wenn man manchen Kindern a bisserl mehr Zeit lässt, wachsen und gedeihen sie schon.

Der Neubau der Johann- Nepumuk- von- Kurz- Schule in Ingolstadt, der uns vermutlich über 40 Millionen kosten wird, steht auch bevor.

Der weitere Ausbau des von uns geschaffenen Krisentelefons, auch für Jugendliche.

Wir bilden aus. Wir investieren in den Bezirk, wir investieren in junge Leute, wir investieren in unseren Fortbestand, das ist uns wichtig. Unsere Fraktion war bei der Haushaltsbesprechung begeistert, als uns Herr Getzlaff und Frau Hirschhuber von über 100 Azubis berichtet haben.

Der Löwenanteil unseres Haushaltes ist das Soziale. Wir haben uns zur Pflicht gesetzt, jenen zu helfen, die unsere Hilfe brauchen!

Vor zwei Jahren sprach unser Präsident Mederer bei der Weihnachtsfeier im Inn Salzach Klinikum in Gabersee ein Grußwort, dabei sagt er: „Jeder 3. bis 4. Deutsche braucht mittlerweile 1 mal in seinem Leben psychiatrische Hilfe, noch können wir uns das leisten“! Was wird sein, wenn die nächste Depression im Land kommt? Ich erinnere an das Konjunkturpaket 2, welches 2009 aufgelegt werden musste.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir nun im zweiten Teil meiner Haushaltsrede, dass ich Ihnen von einem Projekt erzähle, eine meiner Herzensangelegenheiten. Das Projekt „Jugend in Arbeit“ im Landkreis Rosenheim. Ich erzähle Ihnen davon, weil das Patenprojekt für mich unter Prävention und Inklusion läuft! Der Bezirk unterstützt, wie der Präsident neulich in Rosenheim beim Jugendsuchttag erklärt hat, 25 Jugendsuchtberatungsstellen. Damit Jugendliche erst gar keine Beratungsstelle oder psychiatrische Hilfe benötigen, hat der Landkreis Rosenheim vor 10 Jahren „Jugend in Arbeit“ ins Leben gerufen, meines Wissens ein einmaliges Projekt.

Im Landkreis Rosenheim weiß man um die Wichtigkeit dieses Projektes, er leistet sich mittlerweile 3 Sozialpädagoginnen, um uns fast 200 ehrenamtliche Paten zu unterstützen. Seit zehn Jahren bin ich EINER von mittlerweile knapp 200 ehrenamtlichen Paten. In der Stadt Rosenheim sind es fast 100 Paten. Wir betreuen Jugendliche aus den Mittelschulen. Jeder der Paten hat freien Handlungsspielraum. Wir helfen Lernen, wir helfen bei der Suche nach Praktikumsstellen, bei der Suche nach Lehrstellen, wir unternehmen Ausflüge. Manche sorgen dafür, dass das Kind zumindest 1mal in der Woche etwas Richtiges zum Essen bekommt, jeder Pate im Rahmen seines zeitlichen oder wirtschaftlichen Budgets. Mittlerweile habe ich die 6. Patenschaft! Seit zwei Jahren betreue ich ein Geschwisterpaar, Deutsche mit thailändischen Wurzeln, sehr liebe und nette Kinder. Aber auch die müssen in „Arbeit und Brot“ gebracht werden und zu „Anstand und Werten“ erzogen werden! Aus allen von mir betreuten Kindern ist etwas geworden, wobei es am Anfang manchmal ganz schlecht ausgesehen hat.

Als ich meinen ersten Paten übernahm, wusste ich eigentlich nicht genau, was ich mit ihm machen sollte. In meiner Heimatgemeinde traf ich beim Einkaufen die Leiterin unseres Kindergartens, der ich davon erzählte. Sie erzählte mir dann eine Geschichte: Vor 20 bis 30 Jahren gab es eine Amerikanische Studie. Ich denke, die sozialpädagogisch ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen kennen diese Studie!

Man suchte Erwachsene, die von sich behaupteten, eine schwere Kindheit gehabt zu haben, es aber trotzdem zu was gebracht haben im Leben. Soziales Umfeld, beruflichen Erfolg usw. Mehrere tausend Menschen haben sich bereit erklärt, an dieser Studie teilzunehmen. Folgendes zog sich wie ein roter Faden durch die Studie. Alle diese Menschen hatten irgendwann in ihrem Leben jemanden, der sie an der Hand genommen hat. Der sie gecoacht hat, sie aufgebaut hat, der sie motiviert hat, ihnen einfach Mut zugesprochen hat. So hat sich auch das Leben dieser Menschen zum Positiven gewendet.

Seien wir ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder von uns hatte in seinem Leben Menschen, die ihn irgendwann an der Hand genommen haben! Bei mir waren es Lehrer, Gesellen in der Ausbildung, ein Theaterregisseur. Ohne diese Menschen stände ich heute nicht als Bezirksrat vor Ihnen! Jeder Mensch freut sich über ein Lob, ob er 8 oder 80 ist, ob er in der Fabrik arbeitet oder Bezirkstagspräsident ist.

Und dieses Patenprojekt beinhaltet noch etwas weiteres, nämlich, eine win- win Situation, weil diese 200 Paten, meist Rentner, auch eine sinnvolle Tätigkeit haben, eingebunden sind und Erfolg haben. An dieser Stelle muss ich auch unser Bildungssystem in Frage stellen: Wenn sich Kinder in den Mittelschulen als „Abschaum“ sehen, wenn Lehrer sagen, und das meinen sie gar nicht böse: „Wir haben ja nur noch den Bodensatz“, dann stimmt doch etwas nicht! Diese Kinder brauchen noch viel mehr Hilfe, um nicht irgendwann in unseren Einrichtungen zu landen, oder sie auf dem sogenannten 2. Arbeitsmarkt landen.

„Kinder sind zwar nur 25% der Weltbevölkerung, aber 100% unserer Zukunft“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich und bitte gleichsam um Entschuldigung, dass ich mir heute den Raum genommen habe, um das Patenprojekt vorzustellen. Aber ich glaube, die Vorsorge „Prävention“ ist noch wichtiger als Nachsorge. Dies spart dem Bezirk und somit unserer Gesellschaft Geld, gerade in den Zeiten, wie vorher angesprochen, wo wir es uns vielleicht nicht mehr leisten können!

Wer in seinem Landkreis ein ähnliches Projekt hat, der möge sich bitte bei mir melden. Wer so ein Projekt in seinem Landkreis einführen möchte, dem stehe ich sehr gerne mit Rat und Tat bereit.

In diesem Sinne darf ich Ihnen und Ihren Familien daheim, im Namen der Freie Wähler Fraktion gesegnete Weihnachten und ein gutes neues Jahr wünschen.

Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit mit ALLEN, ich betone deutlich mit ALLEN.

Pfiat eich und bleibts gsund!

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Helga Hügenell (Fraktion SPD)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Els,
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Mederer,
sehr geehrtes Präsidium,
werte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren.

Ich werde nun im Namen der SPD Fraktion zum Haushalt 2019 Stellung nehmen.

Als erstes geht unser Dank an die Kämmerei, an Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, sowie das ganze Team, aber auch an alle Verhandlungspartner/innen in Referaten und Einrichtungen für das Verständnis, dass nur maßvolle Erhöhungen bei der Haushaltssituation möglich waren.

Herr Getzlaff hat unserer Fraktion die Planungen und Veränderungen vorgestellt und erläutert und unsere Fragen hinreichend beantwortet. Der vorliegende Haushalt sieht keine Entnahme aus der Rücklage vor, damit verbleibt eine Rücklage von 35,2 Millionen Euro damit höher als für 2018 prognostiziert, da sprachen wir noch von einer Abschmelzung auf die Mindestrücklage, dies ist positiv zu erwähnen. Außerdem sieht der Investitionshaushalt ausreichend Gelder für Planungen und Baumaßnahmen vor. Positiv sei erwähnt, dass wir weiter Schulden abbauen. Der voraussichtliche Schuldenstand zum Ende 2018 beträgt 8,9 Millionen Euro, geplant zum Ende des Jahres 2019 4,6 Millionen Euro.

Die Umlage bleibt stabil bei 21%, trotz steigender Ausgaben. Erfreulich ist, dass sich die Zuweisung der FAG Mittel für den Bezirk Oberbayern um 15,1 Millionen Euro erhöht. Sie haben allerdings eine nachgeordnete Rolle wegen der noch hohen Umlagekraft. Aus unserer Sicht müssten die FAG Mittel deutlich angehoben werden – entsprechend der steigenden Pflichtaufgaben und der damit verbundenen Ausgaben der bayerischen Bezirke. Es muss über andere Kostenbeteiligungen nachgedacht werden, z.B. den Anteil an den Steuereinnahmen.

Im Bereich des Einzelplans 4 Soziales und Jugend steigen die Ausgaben um ca. 67,8 Millionen Euro, dies ist zum Einen der allgemeinen Kostensteigerung geschuldet als auch den steigenden Fallzahlen und den politische Entscheidungen. Erfreulich ist die 2. Fortschreibung unseres Sozialberichts, sozusagen die To Do Liste für den Bezirkstag im Sozialbereich.

Ab 01.01.2019 übernimmt der Bezirk vollständig die ambulante Hilfe zur Pflege. Es wurde im Sozialausschuss für 2019 der Bestandsschutz beschlossen. Die Kosten für die Übernahme der ambulanten Hilfe zur Pflege waren für 10 Monate bereits im Haushalt 2018 mit 60 Millionen Euro enthalten. Dies führte bereits zu einer Entlastung der Kommunen.

Die Berichte im Sozialausschuss zeigten, dass die Verwaltung frühzeitig in die Planung einstieg und der Übergang von der Delegation gut organisiert ist. Allein im Personalbereich bedeutete dies die schrittweise Schaffung 60 neuer Stellen, auch die Anmietung neuer Räumlichkeiten und den Aufbau einer neuen Abteilung. Kritisch muss begleitet werden, dass es für Einzelne mit dem Übergang nicht zur Absenkung des bisherigen Standards kommt. Wegen unterschiedlicher Lebenssituationen im ländlichen und im städtischen Raum braucht es eine sensible Sicht, gerade im Blick auf das Jahr 2020. Ziel muss ambulant vor stationär mit möglicher Selbstbestimmung sein.

Die Fallzahlen- und Kostensteigerungen bei der Hilfe zur Pflege im stationären Bereich rühren daher, weil sich immer weniger Menschen aus eigener Kraft die hohen Pflegekosten im Heim leisten können und die Pflegesätze steigen.

Es wäre notwendig, dass der Freistaat wieder Investitionskostenzuschüsse im Bereich Pflege- und Altenheime gewährt. Dies würde die Pflegesätze senken und damit auch den Bezirkshaushalt entlasten oder eine Verbesserung in der Pflege ermöglichen.

An der Schnittstelle Bundesteilhabegesetz und Pflege braucht es einen flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten, da müssen wir in 2019 dranbleiben.

Die zweite große Herausforderung ist die stufenweise Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, das wir ausdrücklich wollten, was ebenfalls Kostensteigerungen mit sich bringt, da die Bundesmilliarden an die Kommunen fließen. Um nur einige Bereiche zu nennen – Wohnen, Arbeit, Teilhabe - Selbstbestimmung zur Umsetzung auf Bundesebene.

Das Budget für Arbeit, das Teilhabe möglich machen soll und Werkstattgänger auf den 1. Arbeitsmarkt vermitteln soll, gestaltet sich nach den Berichten der Sozialverwaltung schwierig. Wäre es nicht denkbar, dass wir selbst Arbeitsplätze in unserer Verwaltung oder Einrichtungen schaffen?

Ein Anstieg ist auch bei den Ausgaben für Schulbegleiter zu verzeichnen. Immer mehr Eltern nehmen diese Möglichkeit wahr, da ihre Kinder dadurch eine Regelschule besuchen können. Es scheint große Engpässe bei Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter zu geben – wir bewilligen zwar anscheinend großzügig, aber Eltern haben wohl große Schwierigkeiten, Schulbegleiter zu finden, damit müssen wir uns beschäftigen. Auffallend ist die Steigerung der Zahl der Schulbegleiter an Förderschulen. Könnte hier ein Grund der Wegfall der Zivildienstleistenden sein, obwohl es noch Freiwillige Soziale Helferinnen und Helfer und den Bundesfreiwilligendienst gibt?

Die Mobilitätshilfe wird im Rahmen der Eingliederungshilfe gewährt, auffallend sind die stark rückläufigen Fallzahlen. Es mag sicherlich zum Teil auf die Verbesserung der Barrierefreiheit zurückzuführen zu sein, aber wir sollten uns näher erläutern lassen, was die Gründe sind und wo nachgebessert werden muss von Seiten der Politik.

Eines unserer weiteren inklusiven Ziele ist die Umsetzung dezentraler Wohnformen für Menschen mit Behinderung. Sicherlich gibt es da Erfolge zu vermelden, leider hat sich trotz des Freisinger Appells die Situation für Menschen mit Behinderung am Wohnungsmarkt nicht merklich verbessert. Dies ist sehr bedauerlich und bedarf weiterer Überlegungen – Kooperationen mit den Gemeinden oder auch Engagement unserer Oberbayerischen Heimstätte. Auch beim Projekt 2030 sollten Planungen in Haar bedacht werden, dies wurde von uns auch eingefordert.

Der psychiatrische Krisendienst ist ein großer Erfolg, die Zahlen sprechen für sich, um den Menschen in Oberbayern bei einer plötzlichen psychiatrischen Krise unterstützend ohne Stigmatisierung zur Seite zu stehen. Im September wurde der Ausbau auf 24 Stunden beschlossen, Krisen kennen keine Uhrzeit. Die entstandene Kooperation mit den Münchner Verkehrsbetrieben hinsichtlich der Plakatwerbung für den Krisendienst wäre auch wünschenswert auf die Bahn in Oberbayern auszuweiten. An der Stelle unser Dank allen Beteiligten: an die Sozialverwaltung – namentlich Herrn Roth, an unsere Öffentlichkeitsabteilung und an die Wohlfahrtsverbände, die sich an dem Projekt beteiligt haben

Im pauschalfinanzierten Bereich kann in einigen Bereichen ein Ausbau stattfinden, unter anderem bei den Zuverdienstarbeitsplätzen für psychisch Kranke, wenn auch vielen Anträgen auf Ausweitung oder Neuschaffung nicht stattgegeben werden konnte. Dieses Thema müssen wir im nächsten Jahr noch behandeln.

Probleme gibt es wohl immer noch bei der zeitnahen Leistungsabrechnung für Einrichtungen, dies ist bekannt, da können wir sicherlich 2019 besser werden.

Nun noch eine Einlassung zur Kostenerstattung für junge Volljährige, dies wird uns auch im Jahr 2019 beschäftigen. Hierfür sind im Haushalt 53,7 Millionen eingestellt, wir rechnen mit einer Erstattung vom Freistaat von 4 Millionen Euro. Diese Beteiligung entspricht nicht einmal den anfallenden Kosten bei einer Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft.

Zahlen belegen, dass die Ausgaben beim Freistaat für die Minderjährigen weiter sinken. Dies zeigt die Verschiebung ins Erwachsenen-Alter. Also wäre es dem Freistaat durchaus möglich, die gesamten Kosten der Volljährigen zu tragen. Der Bund hat den Ländern für die Integration viel Geld zur Verfügung gestellt. Es muss da ankommen, wo die Kosten anfallen.

Wir als SPD bekräftigen unsere Aussage: Junge Flüchtlinge brauchen eine gute und passgenaue Versorgung und Betreuung. Die Hilfeplanung muss auch weiterhin bei den Jugendämtern gemeinsam mit den Trägern bleiben, das sind die Experten und nah dran. Dies ist eine Investition in die Zukunft, da die Folgekosten sicherlich viel höher wären. Danke für die Verhandlungen und Gespräche mit dem Freistaat mit dem Ziel, der Entlastung bzw. Kostenbeteiligung. Diese müssen mit dem Ziel der spürbaren Entlastung der kommunalen Familie fortgeführt werden.

Zum Abschluss des Sozialbereichs der Dank an Herrn Bertenbreiter und Frau Zieglmaier und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die gute Vorbereitung und Zuarbeit.

Kommen wir zum Bereich Kultur, Schulen und Jugend:

Wir als SPD Fraktion stehen für eine Kultur- und Heimatpflege, die Traditionen bewahrt, sich aber auch dem gesellschaftlichen Wandel unter anderem durch Zuwanderung stellt und inklusiv ist. Besonders hervorzuheben sind unsere hervorragenden inklusiven Ausstellungsprojekte in der Galerie und der Bau des barrierefreien Zugangs zur Galerie und dem Haupteingang. Im Jahr 2019 organisieren wir wieder das inklusive Zamma, dieses Mal in Garmisch. Auch unsere Kultureinrichtungen machen sich auf einen inklusiven Weg und stellen sich den gesellschaftlichen Veränderungen.

Die Erhöhung der Mittelzuweisung an den Bezirksjugendring halten wir für notwendig, wenn auch für 2019 wieder moderat. Die Herausforderungen in der Jugendarbeit sind groß, Digitalisierung, neue Medien, politische Bildung etc.. Im oberbayerischen Kinder- und Jugendprogramm haben wir hohe Ziele beschlossen. Diese müssen schrittweise umgesetzt werden, wie die politische Jugendbildung und der Ausbau der Angebote der Jugendbildungsstätten. Zur Ausrichtung der politischen Jugendbildung soll ein runder Tisch stattfinden. Wir wünschen dies möglichst zeitnah mit konkreten Ergebnissen – politische Jugendbildung sollte aus unserer Sicht möglichst breit aufgestellt sein.

Wir als SPD halten an der interfraktionellen Arbeitsgruppe Arbeiter- und Industriekultur fest zur Begleitung der Umsetzung eines Arbeiter- und Industriekulturmuseum am Standort Dachau. Unser Wunsch ist es, dass im nächsten Jahr die Festlegungen konkreter werden und damit eine Realisierung näher rückt. Wir unterstützen dies als SPD ausdrücklich.

Ich möchte kurz auf das Volksmusikarchiv eingehen. Es war eine gute Entscheidung, den Ankauf des angrenzenden Gebäudes zu beschließen, dies ermöglicht einen Ausbau und die Öffnung für die breite Bevölkerung.

Noch ein paar Sätze zum Zukunftskonzept Kloster Seeon:

Die Hotelauslastung hat sich weiter positiv entwickelt. Überschüsse werden in notwendige Sanierungen investiert. Die Zimmer werden schrittweise saniert und renoviert um dem heutigen Standard zu entsprechen. Die Sanierung des ehemaligen Hirschfeldanwesens ist gelungen und ansprechend, ebenso die barrierefreien neuen Hotelzimmer im Anwesen, ein wichtiger Schritt in Richtung Inklusion.

Die Wärmeversorgung – ein klares Bekenntnis weg vom Erdöl auf der Insel durch Umstieg auf Hackschnitzelheizung. Die Fachberatung Fischerei am Standort anzusiedeln ist ein richtiger Schritt.

Bienenfachberatung:

Wir als SPD lehnen den Einsatz von Glyphosat ab und hoffen auf strengere regionale Regelungen. Den freiwilligen Verzicht des Bezirks auf eigenen Flächen begrüßen wir ausdrücklich.

Arbeitsgruppe: Ökologie und Umweltschutz

Der Bezirkstagspräsident hat in seiner Antrittsrede angekündigt, eine Arbeitsgruppe zum Thema Klimaschutz und Ökologie im Bezirk als Querschnittsaufgabe einzurichten, dies erachten wir für absolut notwendig, gerade wenn wir auf 2018 zurückblicken. Dazu kam diese Woche bereits die Aufforderung an die Fraktionen, Vertreter zu benennen.

Personelle Entwicklung:

Im Bezirk wird Inklusion gelebt – dies soll in allen Bereichen zur Anwendung kommen, auch bei unseren Beteiligungen, entsprechend dem Leitbild Inklusion. Wir erfüllen dies mit einer sehr hohen freiwilligen Schwerbehindertenquote in der Bezirksverwaltung. Für uns ist eine soziale und verantwortungsvolle Personalpolitik wichtig. Um all den skizzierten Ausweitungen und den steigenden Anforderungen, wie auch Fallzahlsteigerungen gerecht zu werden, ist insbesondere in der Sozialverwaltung eine entsprechende Personalausstattung notwendig, um einen guten Service für unsere Kundinnen und Kunden vorzuhalten und andererseits die Arbeitsbelastung unserer Beschäftig-

ten möglichst optimal zu gestalten. Wir tragen daher die Personalstellenmehrungen mit – 50 neue Stellen und 37 Weitere mit Sperrvermerk. Ein Anreiz, dringend benötigtes Personal zu gewinnen, ist die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum durch das bezirkliche Wohnungsunternehmen. Eventuelle Probleme steuerlicher Art bei günstigen Mieten müssen rasch im Vorfeld geklärt werden.

Hinsichtlich der Investitionen in Baumaßnahmen, derer einige bereits begonnen haben oder kurz vor der Umsetzung sind, braucht es eine vorausschauende Investitionskostenpolitik mit einem Mehrjahresinvestitionsprogramm, dies wurde in unserer Kämmerei hervorragend gesteuert.

Lassen Sie mich nun auf einige Bauvorhaben eingehen.

Im Jahr 2018 konnten große Projekte abgeschlossen werden. Das Eingangsgebäude des Freilichtmuseums Glentleiten wurde eingeweiht. Es ist absolut gelungen. Ebenso wurde der Plenarsaal, in dem wir heute tagen, fertiggestellt, allerdings ist die Akustik gerade bei Ausschusssitzungen noch nicht zufriedenstellend.

Die Sanierung des Werkstattgebäudes Johanneskirchen soll im Jahr 2019 abgeschlossen werden, der Zeitplan und der Finanzplan wurden bisher eingehalten, trotz einiger kleinerer Schwierigkeiten. Die Entscheidung, einen Generalsanierer einzusetzen, halten wir nach wie vor für richtig. Die Bereitstellung der Gelder für eine neue Ausstattung der Räumlichkeiten ist vernünftig. Dies wird sicherlich ein Ort, wo funktionelles Lernen und Arbeiten möglich ist und Freude macht.

Durch die Bauanfrage kommt endlich Bewegung in die Planungen zum Neubau der Nepomuk-von-Kurz-Schule in Ingolstadt, was dringend erforderlich ist, um endlich Klarheit zum gewünschten Standort zu haben und einer Realisierung des dringend notwendigen Neubaus näher zu kommen, damit auch das Schwimmbad und die Turnhalle, wo immer wieder Sanierungsbedarf auftritt, standortnah weitergenutzt werden können. Dazu kommen noch eine Reihe von Bauprojekten beim Kommunalunternehmen. Dies ist eine gewaltige Herausforderung und Leistung unserer Bauverwaltung.

Wir haben auch das Projekt 2030 auf den Weg gebracht – Planungen für unsere bezirkseigenen Grundstücke in Haar. Zum einen wegen der Schaffung von Verwaltungsräumlichkeiten, da wir derzeit wegen der Übernahme der ambulanten Hilfe zur Pflege zumieten müssen. Überlegungen zur Schaffung von Wohnraum für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und eben auch mitgedachten Wohnraum für Menschen mit Behinderung - wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen.

Bevor ich jetzt zum Abschluss auf das Kommunalunternehmen eingehe, noch eine Anmerkung zum beschlossenen Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz. Der Bezirk und das Kommunalunternehmen unternehmen viele Anstrengungen und legen Wert darauf, die Stigmatisierung von psychisch Erkrankten abzubauen. Nur durch den öffentlichen Druck von vielen Seiten und unsere Einwendungen war es möglich, den 1. Gesetzesentwurf zu kippen, bei dem es primär um Gefährdung und nicht um Hilfe ging. An der Stelle danke ich allen für ihren Einsatz. Das Bayerische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz wurde im Juli beschlossen. Bedauerlich ist, dass die Prävention fehlt. Ein Schwerpunkt ist auch der bayernweite Aufbau von psychiatrischen Krisendiensten. Oberbayern hat eine Vorreiterrolle. Die Leitstellen sollen vom Freistaat finanziert werden. Nun gilt es die Erarbeitung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz kritisch zu begleiten zum Wohle der Betroffenen.

Nun zum Kommunalunternehmen:

Schwerpunkte waren im vergangenen Jahr wieder vielfältige Baumaßnahmen, u.a. der Ausbau im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Ebenso richtungsweisend ist der Beschluss über die Bezuschussung. Damit zeigt der Bezirk auch finanzielle Verantwortung für den Neubau des kbo-Kinderzentrums, dies ist ein weiterer wichtiger Schritt für den baldigen Baubeginn. Folgerichtig wurde auch beschlossen, dass zusätzlich eingeworbene Sponsorengelder für eine Ausstattung on Top unangetastet bleiben.

Wichtig ist auch die Weiterführung der Dezentralisierung und die Schaffung alternativer Behandlungsmethoden, da eine ständige Erweiterung der stationären Behandlungsplätze zwar erforderlich wäre, jedoch nicht zielführend sein kann. Daher setzen wir darauf, das Angebot vermehrt mit Ta-

geskliniken und Institutsambulanzen zu ergänzen. Die Planungen, wie Hometreatment, unterstützen wir natürlich.

Das Kommunalunternehmen ist finanziell gut aufgestellt und für die Anforderungen der Zukunft gerüstet. Das neue Abrechnungssystem macht es nicht mehr möglich, höhere Überschüsse zu erzielen, was den Spielraum für Investitionen und den Ausbau erschweren kann. Dies müssen wir im Blick behalten. Diese zukünftigen Anforderungen sind jedoch nicht zu bestehen, wenn nicht das entsprechend qualifizierte Personal zur Verfügung steht. Die Personalpolitik muss darauf ausgerichtet sein, dieses auch zu fördern und zu halten. Um dringend benötigtes neues Fachpersonal zu gewinnen, wurden Personalgewinnungsinstrumente entwickelt, z.B. die Bereitstellung von Wohnraum. Uns ist es daher sehr wichtig, dass die gute Personalpolitik auch in Zukunft weitergeführt wird.

Stellvertretend das Dankeschön an Herrn Spuckti und Frau Dr. Borrmann-Hassenbach, bitte geben Sie diesen Dank an die Beschäftigten weiter.

Wir von der SPD Fraktion finden, dass wir im Bezirkstag gut aufgestellt sind und auch im Jahr 2019 gute Vorhaben planen und neue Akzente in Richtung Inklusion gesetzt haben und setzen werden, aber große Herausforderungen sind sicherlich die Ausgestaltung der ambulanten Hilfe zur Pflege, die weitere Umsetzung des BTHG's und eben auch der Klimaschutz und die Ökologie in Oberbayern.

Die SPD Fraktion stimmt dem Haushalt 2019 in der vorliegenden Fassung zu.

Im Namen der SPD Fraktion bedanke ich mich bei allen Beschäftigten der Bezirksverwaltung, unserer Kliniken und in unseren Einrichtungen, sowie bei unseren Partnerinnen und Partnern für ihren großen Einsatz, der dazu beigetragen hat die Anliegen und Aufgaben des Bezirks im Jahr 2018 zu bewältigen und auch die Zukunft in Oberbayern zu gestalten.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein geruhssames Weihnachtsfest, erholsame Feiertage und ein gutes Neues Jahr.

Ebenso gilt unser Dank dem Bezirkstagspräsidenten, den Koop-Partnern und den Bezirkstagskolleginnen und -kollegen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Wir wünschen Ihnen ruhige und friedliche Weihnachten, für sie alle persönlich ein gutes Neues Jahr. Bei der Parteienvielfalt im jetzigen Bezirkstag soll trotz aller politischen Unterschiede für das Jahr 2019 eine konstruktive politische Zusammenarbeit im Vordergrund stehen, sachorientierte Politik zum Wohle der Menschen in Oberbayern – unseren Kundinnen und Kunden und um die Anliegen des Bezirks.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Robert Bock (Fraktion AfD)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr verehrte Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrter Herr Präsident ,
sehr geehrtes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

für die AfD-Fraktion bedanke ich mich zunächst bei den Mitarbeitern des Bezirks Oberbayern. Sie haben uns die ersten Schritte als Bezirksräte durch ihre freundliche Hilfe sehr erleichtert; sie haben uns stets hilfsbereit und kompetent zur Seite gestanden.

Ich bedanke mich auch beim Kämmerer, Herrn Getzlaff, und bei Frau Hirschhuber, für die ausführliche und gute Haushaltseinführung.

Der Haushalt des Bezirks Oberbayern umfasst im Jahr 2019 knapp 2 Milliarden Euro. Das ist viel, das ist sehr viel Geld. Das Geld wird unter anderem dafür verwendet, unsere Bedürftigen zu unterstützen und ihnen ein würdevolles Leben zu ermöglichen. Es ist auch deshalb auch ein Betrag zur Integration und zur Teilhabe am Leben für Menschen, die ansonsten in der Gesellschaft nicht alleine zurecht kämen.

Wir bieten diesen Menschen damit die Chance, ein möglichst eigenständiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können. Wir geben ihnen dazu die notwendige Hilfe.

Der Haushalt 2019 steht aber auch für einen Schuldenabbau. Die AfD-Fraktion begrüßt das ausdrücklich: keine weitere Kreditaufnahme, der Hebesatz wird nicht angehoben. Das wäre den Landkreisen, den Bürgern und Steuerzahlern auch kaum vermittelbar. Deutschland und Bayern stehen in Zeiten guter konjunktureller Rahmenbedingungen gut da, Oberbayern auch. Wir müssen aber darauf achten, als AfD-Fraktion werden wir immer wieder darauf hinweisen, dass wir jetzt in den fetten Zeiten, in Zeiten guter wirtschaftlicher Wetterlage und bei steigendem Steueraufkommen trotzdem und vielleicht sogar erst recht und mit Blick auf nachfolgende Generationen verantwortungsvoll mit unseren Haushaltsmitteln umgehen. Ein Schritt dazu ist der Schuldenabbau. Die Umlagekraftzahl ist gestiegen. Das ist erfreulich. Euphorie ist aber nicht angebracht. Sie wird auch wieder sinken, wenn das Steueraufkommen wieder sinkt.

Im Bereich der Pflege rechnet das Demografie-Portal des Bundes und der Länder mit einer Zunahme von ca. 1 Million Pflegebedürftigen bis 2030 im Vergleich zu heute. Dies wird sich auch unmittelbar auf die Kosten im Haushalt des Bezirks Oberbayern auswirken. Gerade im Bereich der Pflege gilt es viele Verbesserungen auf Bundes- und Landesebene zu veranlassen:

- zur Bekämpfung des Pflegenotstands und
- zur Sicherung einer menschenwürdigen Pflege für die Pflegebedürftigen.

Diese Verbesserungen werden sich auch langfristig auf die Hilfe zur Pflege auswirken, wenn die Kosten in der Pflege steigen.

Ein weiterer Punkt ist der Verwaltungshaushalt im Einzelplan 3 Kultur. Der Zuschussbedarf steigt im Vergleich zum Vorjahr um 800.000 €. In den Einzelplan fällt auch die Denkmalpflege, die nach den Richtlinien zur Vergabe von Zuwendungen des Bezirks Oberbayern gefördert wird. Denkmalpflege ist wichtig: sie dient dem Erhalt des kulturellen Erbes unseres Landes. Sie dient dem Erhalt unserer Heimat, unserer Wurzeln, unserer Identität und unseres christlichen Glaubens. Es wird Sie nicht überraschen, dass wir das auch grundsätzlich unterstützen. Es gibt aber auch Kritisches anzumerken. Und da werden wir den Finger in die Wunde legen. Ich zitiere aus der Internetseite des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege bezüglich der Förderung nach dem Denkmalschutzgesetz. Zitat: „Die Kosten für die Erhaltung und Instandsetzung der Denkmäler können die Leistungskraft des Eigentümers übersteigen. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht allerdings nicht. Die Höhe der Zuschüsse richtet sich vor allem nach der Finanzkraft des Eigentümers.“ Zitat Ende. Dazu ein Beispiel. Im November 2018 wurden Zuschüsse aus dem Einzelplan 3 für kirchli-

che Bauten bewilligt. Ich habe mich darüber gewundert. Wurde die tatsächliche Finanzkraft der Kirche bei der Förderentscheidung ausreichend gewürdigt? BR24 hat am 20.06.2016 das Vermögen des Erzbistums München auf 6 Milliarden Euro beziffert. Der Bericht liegt mir vor. Denkmalpflege ist teuer. Das gilt natürlich für die kirchlichen Denkmäler in besonderer Weise. Wenn aber bei der Bewilligung der Fördermittel die Finanzkraft des Eigentümers, der Kirche, eine Rolle spielt oder gespielt hat, dann möchte ich auch eine Erklärung dafür bekommen, ob die Finanzkraft angemessen berücksichtigt wurde.

Die Zuständigkeit für die ambulante Pflege ist zum 01.03.2018 auf den Bezirk Oberbayern übergegangen. Als Folge der Umsetzung des Bayerischen Teilhabegesetzes I. Das begrüßen wir. Der Bürger erhält Hilfe aus einer Hand. Die neue Abteilung zur Bearbeitung der Hilfe zur ambulanten Pflege muss angemessen untergebracht werden, das steht fest. Aus Sicht der AfD-Fraktion ist es aber langfristig kostengünstiger, ein neues Verwaltungsgebäude auf eigenen Grundstücken des Bezirks bauen zu lassen.

Themenwechsel.

Bei den jungen volljährigen Flüchtlingen beträgt der Zuschussbedarf im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe im Haushalt 2019 stattliche 53,7 Millionen Euro. Die AfD-Fraktion sieht hier dringenden Handlungsbedarf. Die Kosten müssen auf Bundes- oder Landesebene verlagert werden. Auch bei den minderjährigen Flüchtlingen besteht Handlungsbedarf. Die Jugendämter müssen die Bestimmungen des § 42f SGB VIII konsequenter umsetzen. Die obligatorische „qualifizierte Inaugenscheinnahme“ löst die Probleme vielfach nicht. Viele Zweifelsfälle bleiben. Trotzdem werden ärztliche Untersuchungen zur Altersüberprüfung zu selten angeordnet. Die AfD wird darauf hinwirken, dass die ärztliche Untersuchung zum Regelfall wird. Wir wollen erreichen, dass nur diejenigen eine Unterstützung im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe bekommen, für die das Gesetz auch eine Unterstützung vorsieht, also für die tatsächlich und amtlich festgestellten minderjährigen Flüchtlinge. Dies ist nicht zuletzt mit Blick auf eine konsequente Rechtsanwendung, aber auch mit Blick auf die begrenzten Haushaltsmittel und deren sparsamen Umgang zwingend geboten.

Alles in allem wird die AfD-Fraktion dem Haushalt 2019 zustimmen.

Ich wünsche Ihnen eine frohe Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr 2019.

Für das neue Jahr hoffe ich auf gute und sachorientierte Zusammenarbeit im Bezirkstag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Barbara Gräfin von Baudissin-Schmidt (Fraktion FDP)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
sehr geehrtes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für diesen wie immer hervorragend vorbereiteten und dargelegten Haushalt an die Kämmerei, an Herrn Getzlaff und an Frau Hirschhuber.

Viele Punkte sind schon angesprochen worden. Das Thema Umlagekraft ermöglicht uns den Verhalt des Hebesatzes. Wir sehen aber auch in den letzten Jahren konsequent ein Auslagern der Kosten in die kommunale Ebene. Das zeigt nicht zuletzt immer wieder die Diskussion um die FAG-15-Mittel, die sich einfach nicht ändern. Sie spiegeln das traurige Bild wider, dass es in Oberbayern von staatlicher Regierungsseite her gerade mal für 3 Wochen mitfinanziert wird und danach dürfen den gesamten Rest die Kommunen tragen. Das sehen wir aber auch an dem Thema der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, wo die Bundesmilliarden nicht an die jungen Volljährigen weiter gegeben werden, sondern lediglich für die Minderjährigen im eigenen Haushalt der Staatsregierung eingesetzt werden. Das sehen wir aber auch an dem Nicht-direkt-Weiterleiten der Bundesmilliarden an die zuständige Ebene, nämlich die Eingliederungshilfe der Bayerischen Bezirke. Das ist eine ganz konsequente Nichtachtung dieser Ebene und ihrer Aufgaben, was die Finanzmittelausstattung betrifft. Ich bedauere es daher ausgesprochen, dass unser Bezirkstagspräsident Mederer als kritischer und vehementer Verfechter dieser Ebene mit der Staatsregierung nicht mehr länger diskutieren kann. Im Gegenteil, wir müssen feststellen, was ich mit großem Bedauern gehört habe, dass wieder solche Sprüche kommen, und da muss ich sagen, da war ich fast ein bisschen stolz, dass die CSU in Oberbayern nicht nötig hatte, wieder so zu kumulieren, dass es wieder von Sonnen- und Schattenseiten die Rede ist. Das gibt es nicht, es gibt die Aufgabe, dass für alle gleichermaßen die Sonne scheint. Wir bedauern, dass sich hier dieser für konservative Verhältnisse weltoffene Oberbayer nicht länger durchsetzen konnte. Ich wünsche mir, dass wir es aber in diesem Rahmen und in diesem Raum weiter aufrecht halten können und sich daran nichts verändert.

Wir sehen, dass wir mit den gestiegenen Aufgaben natürlich auch gestiegene Kosten haben, die sich konsequent entwickeln. Aber nicht nur Kosten für die Umsetzung, sondern die beinhalten natürlich auch immer gestiegene Personalzahlen. Unser Personalstellenplan entwickelt sich kontinuierlich nach oben, das beobachte ich jetzt seit 10 Jahren, dass es sich fast verdoppelt hat. Dies ist eine immense Entwicklung. Sie ist aus meiner Sicht größtenteils, aber nicht vollumfänglich mit den gestiegenen Aufgaben zu erklären. Ich hoffe, dass wir hier selbstkritisch genug bleiben, immer wieder zu hinterfragen, mit welchem Personalpool unsere Aufgaben zu bewältigen sind. Mehr Transparenz ist etwas, das wir schon im Plenum im November beantragt haben. Ich bin gespannt, wann, wo und wie wir die Antworten hierzu bekommen, was unsere Anträge für Sitzungsscreening und Veröffentlichung der Entscheidungen betrifft. Wir wollen, dass insgesamt mit sehr viel mehr Transparenz gearbeitet wird. Wir verschieben vieles in Arbeitsgruppen, es wird mit allen möglichen Vorbesprechungsgremien gearbeitet. Ich bedauere, dass die eigentliche demokratische Ebene, nämlich die Ausschüsse, oft nur mit vorgefertigten Entscheidungsvorschlägen konfrontiert werden, wo einfach die Diskussion und die Bereitschaft zur Diskussion immer mehr zurück geschraubt wird. Das ist für ein demokratisches Gremium, wie wir es hier haben und wie wir es immer wieder verfechten, eine bedauerliche Entwicklung. Was ich ebenso bedauerlich finde, um nochmal auf die Bayerische-Bezirkstags-Ebene zurück zu kommen, dass leider nicht immer eine hohe Fachlichkeit eine entsprechende Würdigung erhält. Ich hoffe, dass wird das in unserem oberbayerischen Gremium besser handhaben.

Die Kosten, die auf uns mit der Hilfe zur ambulanten Pflege zu kommen, werden für uns ein neues und spannendes Aufgabenfeld der nächsten Jahre werden. Wir hoffen sehr auf einen echten Mehrwert, mit dem dieser Schritt auch erklärt worden ist, nämlich mit der Verknüpfung und Verbin-

dung von verschiedenen Möglichkeiten stationär, ambulant, aber auch Eingliederungshilfe, welche ja das Argument der Verwaltung war, dass man stationär und ambulant nicht zusammen setzt, sondern dass man Eingliederungshilfe und ambulante Hilfe in der Bearbeitung zusammen bringt. Wir werden das sehr interessiert, aber kritisch begleiten, was sich tatsächlich an Synergieeffekten ergibt und was am Schluss tatsächlich an Mehrwert für die Betroffenen heraus kommt. Es ist auf jeden Fall eine große Chance, dass wir auch in dem Zusammenhang mit dem zu treffenden oder für uns neu zu etablierenden Pflegestützpunkten insgesamt die Aufgaben des Bezirks viel näher an den Menschen heran bringen können. Und ich sehe darin auch die Chance, dass nicht nur die pflegerischen Themen dort behandelt werden, sondern dass sie selbstverständlich, siehe ambulante Pflege und Eingliederungshilfe auch an dieser Stelle die Eingliederungshilfe an das Beratungsspektrum aufnehmen und vor Ort endlich einmal präsent für die Ansprechpartner sein können, die diese Hilfe benötigen. Ich freue mich auf die Umsetzungskonzepte und freue mich auch auf die Konzeptionierung und entsprechende Transparenz, um es politisch begleiten zu können.

Herr Präsident, Sie haben angesprochen, dass die Verwaltung ja nicht alles alleine machen kann. Nein, das soll sie auch gar nicht. Es ist nun mal unsere Aufgabe als politisches Gremium, der Verwaltung die Zielsetzung, wie eine Aufgabe bewältigt werden soll, mitzugeben und deswegen hoffe ich, dass wir hier einen weiterhin offenen und sehr viel transparenteren Diskurs zur Zielfindung praktizieren können.

Die für mich empfundenen Wermutstropfen sehe ich vor allem auch im Vermögenshaushalt. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel investiert. Wir haben uns mit den Investitionen für die Zukunft präpariert. Die nun anstehenden Investitionen sind meiner Ansicht nach eher ein Schlusspunkt in diesem Prozess. Ich hoffe, dass wir mit diesem Weg des Investitionsvolumens der letzten Jahre uns tatsächlich zukunftsfest gemacht haben. Ich sehe leider auch in manchen Punkten Probleme. Als Beispiel die bereits angesprochene Nepomuk-von-Kurz-Schule. Es ist wichtig und gut, dass wir endlich zu einem Ergebnis für diese Schule kommen. Es ist aber sehr bedauerlich, dass wir in diesem Konzept die Zukunftsorientierung nur schwerlich wieder finden können, wenn das Raumangebot nicht zukunftsfest gestaltet werden kann. Das ist für uns ein großer Wermutstropfen, der uns am Sinn dieses Projektes Zweifel aufkommen lässt, was nicht bedeutet, dass wir es nicht grundsätzlich unterstützen würden. Die Investitionen in Seeon und im Berufsbildungswerk waren eine tolle Chance, aber es waren auch, gerade beim Berufsbildungswerk, erhebliche Bedenken und Zweifel und auch Unwegsamkeiten überhaupt zu diesem Projekt zu kommen. Wenn Sie sich erinnern wollen, waren wir damals, als es entschieden wurde und es im Haushalt eingepreist worden war mit dem Generalsanierungskonzept sehr kritisch, ob es bei diesen Geldern bleibt. Für mich hat sich an dieser kritischen Beobachtung und Begleitung nichts geändert, da immer noch Streitigkeiten offen sind, was tatsächlich noch an Kosten auf uns zu kommt. Das mag proportional nicht so viel sein, aber am Schluss läppert es sich doch zusammen. Es bleibt die Hoffnung, dass wir an der Stelle mit den Finanzen tatsächlich hinkommen.

Mit dem Volksmusikarchiv und der Erweiterung der räumlichen Möglichkeiten vor Ort haben wir eine tolle Chance, das Thema Volksmusik und Populärmusik einfach nochmal auf andere Füße zu stellen. Und die Konzepte, die sich jetzt hier entwickeln lassen, bin ich gespannt, welche Richtung wir gehen, aber die Idee einer Musikakademie, eine Unterstützung in der Ausbildung und in der Verbreitung der Nutzbarkeit des volksmusikalischen Potentials des Archivs halte ich für eine sehr gute Grundrichtung. Wir haben immer wieder erlebt, dass das Volksmusikarchiv Raritäten und Kuriositäten verwahrt und uns damit immer wieder zeigt, wie Geschichte in der Volksmusik gelebt wird und sich durch Lieder immer wieder präsentiert hat. Diese Möglichkeit der Geschichtsschreibung durch Musik sollte durch die Populärmusik genauso möglich gemacht werden. Ich bin gespannt, wie sich diese Tradition über die musikalischen Vielfältigkeiten hinaus weiter entwickelt. Insgesamt hoffen wir, dass sich durch dieses große Investitionsvolumen der letzten Jahre sich eine Stabilität im Hebesatz für die Kommunen in den kommenden Jahren ergibt. Leider müssen wir damit rechnen, dass die Umlagekraftsteigerung nicht immer konstant und hochgradig ausfallen wird. Umso wichtiger wird es sein, dass wir dann auch in der Lage sind, den Kommunen den nötigen Finanzspielraum zu belassen, um dann für ihre Investitionsbedürfnisse entsprechend noch handlungsfähig zu sein.

Insofern stimmt die FDP-Fraktion größtenteils diesem Haushalt zu und unterstützt doch im Wesentlichen die dahinterstehenden Finanzierungskonzepte und -ideen.

Ich wünsche allen eine frohe Weihnachtszeit, ein gesundes und gutes neues Jahr, in dem wir hoffentlich konstruktiv und effektiv im Sinne der uns anvertrauten Menschen zu Entscheidungen kommen und in diesem Sinn produktiv zu Lösungen finden können.

Vielen Dank!

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Prof. Dr. Klaus Weber-Teuber (Fraktion Die Linke)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Präsidentinnen, die Männer sind jetzt inklusive, ich bin froh, dass Sie gekommen sind,
sehr geehrte Kolleginnen,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen des Bezirks,

Das Jahr 2018 beginnt mit einem menschenverachtenden Ausruf: „2018 ist das zentrale europäische Thema die finale Lösung der Flüchtlingsfrage“. Hier spricht einer mit Endlösungsphantasien. Sie wissen es, und ich weiß es auch, was durch deutsche Täterinnen und Täter verbrochen wurde, nachdem vor knapp 80 Jahren – in der Wannseekonferenz – die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen wurde.

Knapp 80 Jahre ist es her, dass in diesem Land 4 Millionen Juden, Sinti und Roma, Kommunisten, Homosexuelle, psychisch Kranke und viele Menschen, die die Nazis als „Untermenschen“ ausrotten wollten, vernichtet wurden. Knapp 80 Jahre ist es her, dass 30 Millionen Soldaten und Zivilisten sterben mussten, weil dieses Deutschland mit seinen Tätern, Mitläufern und Zuschauern diejenigen, die es als Volksschädlinge und Gemeinschaftsfremde bezeichnete, ausrotete, und die Staaten überfiel, die auf dem Weg zur Weltherrschaft im Wege standen. Fast 80 Jahre nach dem Beginn dieser Vernichtungs- und Endlösungspolitik haben wir es in Deutschland, in Bayern – und auch hier in Oberbayern – mit Menschen zu tun, die Nazis sind oder nichts dagegen haben, mit Nazis in einer Partei zu sein. Schon bei der konstituierenden Sitzung habe ich Gründe dafür genannt, warum ich die AfD-Vertreter (die weibliche Form erübrigt sich bei dieser Partei) als Nazis bezeichnen werde. Ich wiederhole und ergänze: Mehr als 15 Bundes- und Landtagsabgeordnete dieser Partei sind Mitglied einer Facebookgruppe, die auf ihrer Homepage eine Pizzaschachtel mit dem Bild von Anne Frank abgebildet haben, worunter steht: die Ofenfrische. Kurz nach der Bezirkstagswahl berichtet die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, AfD-Mitglieder (darunter auch Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten), zünden in Braunau am Inn vor Hitlers Geburtshaus eine Kerze für den Führer an; einer davon lässt sich auf dem Obersalzberg mit einem Foto des Diktators ablichten (FAZ, 18. und 19.10.2018). Am selben Tag wird bekannt, dass eine Berliner AfD-Abgeordnete sich vor einem Küchenregal ablichten ließ, auf dem Weinflaschen mit dem Etikett „Hitler-Wein“ zu sehen sind (FAZ 18.10.2018). Eine Woche später ist in der Zeitung zu lesen, dass AfD-Mitglieder aus deren Jugendorganisation (darunter wieder Mitarbeiter von Abgeordneten) in Baden-Württemberg offen mit der neofaschistischen *Identitären Bewegung* zusammenarbeiten. Einer von ihnen schreibt in seiner Chatgruppe: „Das einzigste Ticket, das ich einem Flüchtling geben würde, wäre ein Expresszug nach Auschwitz-Birkenau“ (FAZ 26.11.2018). Wieder eine Woche später trägt der AfD-Abgeordnete Wildt im Berliner Senat eine „blaue Kornblume am Revers seines Jacketts“ (ND 30.11.2018). Sie diente zwischen 1933 und 1938 in Österreich als Erkennungszeichen der damals verbotenen NSDAP. Am selben Tag wird bekannt, dass die Landesvorsitzende dieser Partei in Schleswig-Holstein 2014 zur Unterstützung eines Vereins von Holocaust-Leugnern aufrief (FAZ 30.11.2018).

Einer derjenigen, der ebenfalls die Zusammenarbeit mit den Neonazis unter *Reichsbürgern* und *Identitärer Bewegung* nicht scheut, sitzt hier unter uns: Daniel Stanke, Bezirksrat für den Milbertshofener Stimmkreis. Für ihn gibt es in Deutschland keine Demokratie mehr, er ist – im Stile einer verschwörungstheoretischen Wahnidee – davon überzeugt, dass eine „kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien“ der „heimliche Souverän“ in diesem Land sei. Einem anderen AfD-Bezirksrat fällt bei dem Vorschlag, gemeinsam eine Reise nach Auschwitz zu planen, ein: „Dann können wir ja auch nach Tannenberg fahren.“ Was der Kollege damit – im Stile seines Parteifreundes Björn Höcke – sagen will: Lasst uns an einen Ort fahren, der für uns Deutsche kein Zeichen von Schande ist. Lasst uns dorthin fahren, wo Adolf Hitler den Krieg im Westen befahl; und falls er das andere Tannenberg meinte: Lasst uns zur Gruft und zum Denkmal fahren, wo Hindenburg (gegen seinen testamentarischen Willen) begraben wurde und welches von Adolf Hitler 1935 zum „Reichsehnenmal“ erklärt wurde. Irmgard Hofmann, Bezirksrätin der SPD, hat nun nichts Besseres zu tun gehabt, als den Hitler-Bewunderer Groß zu verteidigen und mir „Provokation“ vor-

zuwerfen. Ja, in einer persönlichen Stellungnahme geht sie noch weiter: Ihrer Meinung nach habe Rainer Groß mit seiner Provokation „nicht erkennbar gemacht, dass er ... menschenverachtende Positionen teilt“ und deswegen „werde sie dieser Person mit angemessenem Respekt begegnen“. Ich dagegen sei ein Mensch, der „andere Personen von vornherein verurteile und verachte, ohne sie überhaupt zu kennen“. Explizit bezeichnet sie das, was ich gegen die neuen Nazis unternehme (obwohl mich Frau Hofmann nicht kennt), als „Sippenhaft“. Sehr geehrte Frau Hofmann: Niemand hat versucht, sie in eine „rechte Ecke zu stellen“, wie ihre Genossen Asam und Hügenell behaupten. Dass Sie mir jedoch – auch gegenüber meiner Kollegin auf dem Bezirkstag – vorwerfen, ich würde eine Nazi-Methode im Umgang mit der AfD benutzen, nämlich das Prinzip der Sippenhaft, spricht Bände über ihr Denken. Wem bei Auschwitz nur einfällt, an Orte der Hitler-Verehrung zu fahren, wer gerne mit Menschen in einer Partei ist, die unter ein Bild von Anne Frank (das auf einer Pizzaschachtel erscheint) die Worte „die Ofenfrische“ setzen, wer nichts dagegen hat, dass Parteifreunde anderen Menschen wünschen, diese sollten ein Zugticket nach Auschwitz-Birkenau lösen, diesen Menschen, kann und will ich nicht – wie Sie das in Ihrer Stellungnahme vorschlagen – mit „Respekt“ begegnen.

Wir haben es hier mit einer Partei zu tun, die – wie die NSDAP – die Vernichtung anderer Menschen verbal fordert. „Wir werden die CSU jagen“, droht im Landtagswahlkampf der Aiblinger Neonazi Andreas Winhardt. Doch damit nicht genug: „Wir werden sie schlachten“, beendet er diese Drohung. Wer so spricht, der wird auch so handeln. Anzünden von Flüchtlingsheimen, Demolieren jüdischer Gaststätten (wie in Chemnitz), hämisches Lachen im Bundestag, wenn über ertrunkene Flüchtlinge geredet wird, Herstellen eines Zusammenhangs von Schwerbehinderung und nicht-deutscher Herkunft (wie in der Bundestagsanfrage 19/1444), Verharmlosung sowie Verherrlichung des deutschen Faschismus und Adolf Hitlers: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, einen Sachverhalt zu erkennen, der diese Partei auszeichnet: Es ist der VERNICHTUNGSKERN im Denken, im Reden und – in Chemnitz beginnend – im Handeln dieser Partei und ihrer Mitglieder.

Wenn die CSU in Oberbayern nur noch 33,7 Prozent der Wähler_innenstimmen bei einer Landtagswahl, bei der Bezirkstagswahl gerade mal 31 Prozent holt, dann wäre es geboten, über die Fehler der Vergangenheit nachzudenken. Dass die SPD zu einer Minipartei schrumpft – und diesen Weg fortzusetzen gedenkt –, hat Michael Asam in der konstituierenden Sitzung bewiesen. Er habe zehn Jahre gute Arbeit geleistet. „Nicht ich, sondern die SPD hat ein schlechtes Ergebnis eingefahren“ (Münchner Merkur 8.11.2018). Wer zehn Jahre gute Arbeit leistet und damit die Zahl seiner Wähler_innen halbiert, sollte sich – anstatt selbstgefällig kritische Fragen auszublenden – den Tatsachen stellen: Lieber Kollege Asam, lieber Kollege Loy: Ein „Wir machen einfach weiter so“ (diesmal eben mit den *Freien Wählern*) ist das Gegenteil von Politik. Es ist das pure Verwalten des Nötigen. Was auf dem Bezirkstag möglich war – nämlich die Wahl einer GRÜNEN Bezirkstagspräsidentin –, wäre auch hier in Oberbayern ein Zeichen für einen Neuanfang gewesen. Möglich gewesen wäre auch eine Mehrheit jenseits von CSU und AfD, Mittelfranken hat es uns vorgemacht. Doch das „Weiter so“, das den regierenden Parteien CSU und SPD mehr als 22 Prozent Verlust einbrachte, scheint sie nicht aufzuhalten. Nun sitzen drei Männer einem Gremium vor, das einen Frauenanteil von fast 50 Prozent hat. Was wir brauchen, um die Menschen für Politik – auch für die Bezirkspolitik zu begeistern – ist ein phantasievoller Aufbruch in eine demokratische, gerechte und soziale Gesellschaft, ein Entwickeln neuer Konzepte und eine unablässliche Überprüfung eingefahrener Abläufe. Was die neue Kooperation aus CSU, *Freien Wählern* und SPD bietet, ist ein Festhalten am Status quo. Was wir aber brauchen, ist Kritikfähigkeit, Urteilkraft und Mut, um den Bezirkstag zu einer lebendigen und zukunftsfähigen Institution werden zu lassen.

Wenn Josef Mederer der *Bayerischen Gemeindezeitung* zum Umgang mit behinderten Menschen sagt, „bei jeder Entscheidung hier im Bezirk muss klar sein, Menschen mit Behinderung sind keine Almosenempfänger oder gar Bittsteller. Sie haben ein Recht auf passgenaue Hilfen“ (BGZ 6.12.2018), so können wir das nur unterschreiben: Ich frage mich allerdings, wie es sein kann, dass eine so kleine Fraktion wie wir es sind, unmittelbar nach der Wahl eine Vielzahl von Anrufen, Emails und Briefen von behinderten Menschen oder deren Organisationen bekommt, in denen zum Teil massive Kritik daran geübt wird, wie sie durch Mitarbeiter_innen des Bezirks sich in eine Rolle gedrängt sehen, die Josef Mederer ausschließt: als Bittsteller. Wir gehen davon aus, dass die Mitarbeiter_innen der Bezirksverwaltung ihre Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen ver-

richten, ja, dass sie wahrscheinlich nicht selten an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen bei den Aufgaben, die sie zu bewältigen haben. Gleichzeitig sehen wir, dass das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben mit all den Möglichkeiten und Schönheiten, die ein Leben bieten soll, für viele der behinderten Menschen nach wie vor ein nicht erreichbares Ziel darstellt. Auch das *Bundesteilhabegesetz* ist weit davon entfernt, den in der UN-Behindertenrechtskonvention geforderten „vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten“ (Art. 1) zu gewährleisten. Und im *Bayerischen Teilhabegesetz* sind – wenn es bspw. um die Besetzung der Schiedsstellen geht – die Betroffenen praktisch nicht vertreten; dafür allerdings die über die Betroffenen entscheidenden Behörden und die Träger der großen Wohlfahrtseinrichtungen, von denen wir wissen, dass für diese die Selbstbestimmung behinderter Menschen nur selten Vorrang vor den finanziellen Eigeninteressen hat. Wir werden also als *LINKE* den Vorschlag der GRÜNEN, einen *Runden Tisch* mit den betroffenen Menschen einzurichten, unterstützen; und wir werden uns dafür einsetzen, dass auf Bezirksebene ein Behindertenbeirat eingerichtet wird, in dem diejenigen **selbst** zu Worte kommen, **über** die in der Regel andere – auch wir – reden. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Ein besonderes Augenmerk unserer Arbeit wollen wir *LINKE* auf diejenigen Institutionen richten, die in den letzten Jahren zunehmend durch eigene Schuld und durch Verleugnung dieser Schuld in die Schlagzeilen gerieten: die beiden christlichen Kirchen. Sexueller Missbrauch von Kindern, Gewalt in kirchlichen Einrichtungen, Schutz der Täter und Verhöhnung der Opfer, Selbstjustiz statt Einschaltung der dafür zuständigen staatlichen juristischen Organe: Selbst die keinesfalls kirchenfeindliche *Frankfurter Allgemeine Zeitung* spricht von „Kinderschändern im Ornat, deren Verbrechen dazu noch von Bischöfen und gar Kardinälen vertuscht wurden“ (FAZ 22.11.2018). Der Bezirk hat mit diesen Vorfällen direkt nichts zu tun. Allerdings bezahlt der Bezirk gesetzlich notwendige Leistungen, indem er kirchliche Träger bezuschusst. Diese allerdings nehmen sich das Recht heraus – und das angesichts der gerade genannten Skandale – von Arbeitnehmern deren christliche Gesinnung prüfen zu wollen. Nur drei Beispiele: Eine Einrichtung der Diakonie stellt eine nicht-konfessionelle Arbeitnehmerin, allerdings mit der Auflage, sie müsse sich im Verlauf der Probezeit (zwangs)taufen lassen. Eine katholische Einrichtung legte einer Arbeitnehmerin ein Schreiben vor, in dem diese sich verpflichten sollte, der Geschäftsleitung zu melden, falls sie bei einem Kollegen Anzeichen feststelle, dass dieser homosexuell sei. Eine Caritas-Einrichtung mit sozialpsychiatrischem Auftrag verlangt von einer einzustellenden Sozialarbeiterin, diese müsse ein pfarramtliches Zeugnis vorlegen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen: Auch die Kirchen in Deutschland haben sich am staatlichen Recht zu orientieren. Wir werden auf allen Ebenen im Bezirk dafür eintreten, dass kirchliche Träger – sofern sie gesellschaftliche Aufgaben subsidiär übertragen bekommen – sich an das deutsche Arbeitsrecht und die höchstrichterliche *EuGH*- und *Bundesarbeitsgerichts*-Rechtsprechung zu halten haben, und nicht an ein kirchliches Arbeitsrecht, das den Arbeitnehmer_innen eine mittelalterliche Gesinnung und einen reaktionären Lebenswandel abverlangt; während Tausende von Kindern von den Amtsträgern dieser Kirchen geschlagen, gedemütigt und sexuell missbraucht werden. Zudem werden wir in Frage stellen, ob die Erzbistümer München-Freising und Eichstätt, die gemeinsam über Vermögenswerte von mehreren Milliarden Euro verfügen, im Rahmen des Denkmalschutzes weiter als zuschussbedürftig betrachtet werden können. In den Vergaberichtlinien steht eindeutig, dass ein Zuschuss nur dann gewährt wird, wenn ein Vorhaben ohne diesen Zuschuss „nicht in notwendigem Umfang durchgeführt werden kann“. Wo ich geboren bin, sagt man dazu: „Hier wird Wasser in die Mangfall geschüttet“. Wir werden an diesem Punkt – gegen das „Weiter so!“ der großen und schwerfälligen Kooperationsgemeinschaft dafür Sorge tragen, dass lieber den kleinen und bedürftigen Antragstellern mehr gegeben wird, als die Schatzkammern der Großen zu füllen. Dass wir dem Haushalt für das Jahr 2019 diesmal zustimmen, hat zwei Gründe: Zum einen ist diese Zustimmung ein Signal an die Mitarbeiter_innen der Bezirksverwaltung, deren Offenheit, Ehrlichkeit und Freundlichkeit wir damit würdigen wollen. Zum anderen ist das Hauptproblem im Bezirk Oberbayern nicht das der Verteilung der Mittel an die jeweiligen Einrichtungen, Verbände und Vereine. Das Hauptproblem sehen wir darin, dass die Organe des Bezirkstags in den letzten Jahren in einen dornröschenhaften Tiefschlaf gefallen sind, aus dem wir sie nicht wachküssen, aber zumindest aufwecken werden. Ob eine gute Zusammenarbeit gelingt, hängt von Ihnen ab. Ich wünsche mir mehr Selbstkritik, mehr Veränderungsbereitschaft und weniger Friedhofsruhe.

Das Jahr 2018 begann mit einem menschenverachtenden Ausruf: „2018 ist das zentrale europäische Thema die finale Lösung der Flüchtlingsfrage“ (Gesagt hat ihn der CSU-Europaabgeordnete und (inzwischen) EVP-Vorsitzende Manfred Weber). Der Satz wurde im Beisein von Victor Orbán gesprochen, demjenigen Staatschef, aus dessen Land inzwischen Sinti und Roma sowie Juden fliehen müssen, weil sie sich nicht sicher fühlen können. Wer sich heute und hier auf seine christlich-abendländische Gesinnung beruft, der sollte in der Bibel nachlesen, wie Gott mit dem ersten Migranten – Abels Bruder Kain – verfuhr. „Der Herr machte Kain ein Zeichen, damit ihn keiner erschlage“ (Genesis 4,15). Trotz seines schrecklichen Brudermords wurde er durch das Kainsmal von Gott geschützt. Denn keinem Menschen steht es zu, über einen anderen zu richten, ihm ein Haar zu krümmen oder ihn zu töten. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen nachdenkliche Feiertage.

Prof. Dr. Klaus Weber

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Florian Weber (Bayernpartei)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrtes Präsidium,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

obwohl es sich hier um die Haushaltsrede handelt, erlauben Sie mir bitte kurz auf meinen Vorredner einzugehen.

In der letzten Wahlperiode war die Zusammenarbeit im Bezirkstag, bei allen politischen Unterschieden, von persönlichem Respekt geprägt. Es geht uns doch allen darum, den Menschen, die unsere Hilfe benötigen, diese Hilfe auch zu gewähren. Umso bedauerlicher finde ich es, wenn mein Vorredner, z. B. durch das Informieren der Presse aus einer nichtöffentlichen Sitzung, ich meine hier die letzte Fraktionssprechersitzung, das Vertrauensverhältnis und somit die konstruktive Zusammenarbeit torpediert.

Sehr geehrter Herr Weber, wenn Sie kritisieren, dass im Bezirkstag zwar 50 Prozent Frauen vertreten sind, das Präsidium aber nur aus 3 Männern besteht, dann sollten Sie mit gutem Beispiel voran gehen. In Ihrer 3-köpfigen Fraktion der Linken haben Sie zwei Frauen, sind aber selbst Fraktionsvorsitzender. Treten Sie dieses Amt an eine Ihrer Kolleginnen ab. Dies wäre nicht nur ein gutes Vorbild, sondern würde die Zusammenarbeit im Bezirkstag deutlich verbessern.

Nun aber zurück zum Haushalt.

Wir möchten uns zunächst nicht nur bei der Kämmerei für die Vorbereitung des Haushaltsentwurfs bedanken, sondern auch bei der Sozialverwaltung, die sich um die Menschen kümmert, welche unsere Hilfe benötigen. Um diese Menschen geht es ja vor allem. Dafür brauchen wir eine starke Vertretung im Bezirkstag von Oberbayern, aber auch im bayerischen Bezirkstag.

Deshalb bedauern wir es ausdrücklich, dass unser Präsident Josef Mederer nicht mehr Bezirkstagspräsident ist. Er war als Bezirkstagspräsident der sachlichen Interessenvertretung verpflichtet und hat auch für eine deutlich bessere öffentliche Wahrnehmung der Bezirke in der Öffentlichkeit gesorgt. Wir bedauern dies auch deshalb, weil wir nicht glauben, dass der neue Präsident des Bezirkstags auch noch Landrat ist, allein aus terminlichen Gründen nicht den Einsatz bringen kann, wie dies bei Josef Mederer der Fall war.

Wir alle wissen, dass die Existenz der Bezirke in der Vergangenheit immer wieder in Frage gestellt wurde. In der Periode Mederer war dies nicht mehr der Fall. Und dies ist wichtig. Da es um die Menschen geht, denen die Bezirke helfen!

Viele Aktivitäten des Bezirks, in der Kulturpolitik, wie z. B. die sehr gute Arbeit des Volksmusikarchivs, bewerten wir äußerst positiv.

Im Sozialbereich gibt es durchaus Positives zu vermelden. So stehen wir ausdrücklich auch zu unseren stationären Einrichtungen. Wir bekennen uns zur Inklusion, sie darf aber nicht die persönliche, individuelle Situation von Betroffenen und deren Bedürfnisse aus rein ideologischen Gründen missachten. Es gibt Menschen für die ist die Unterbringung in einer stationären Einrichtung richtig und die Abschaffung, oder das nicht weiterentwickeln dieser Einrichtungen, würde ihre Lebensqualität deutlich verschlechtern.

Nun aber zum schon mehrfach angesprochenen Thema der unbegleiteten jungen Flüchtlinge, für die der Bezirk zuständig ist. Wir stehen durchaus zu diesen Maßnahmen und halten sie für notwendig. Was aber gar nicht geht ist, dass die Bezirke für eine Aufgabe bezahlen müssen, für die sie weder verantwortlich sind, noch Kompetenzen haben. Dies ist ein klarer Verstoß gegen das in der bayerischen Verfassung festgeschriebene Konnexitätsprinzip. Deshalb werden wir von der Bayernpartei, wie auch bei den beiden letzten Haushaltsplänen, dem Entwurf 2019 nicht zustimmen, um ein Signal zu setzen, dass wir diese Situation für untragbar halten.

Ich wünsche Ihnen allen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest, ein gutes neues Jahr und Gottes Segen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Beschluss:	1. Für das Haushaltsjahr 2019 wird den Festsetzungen im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von sowie im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von zugestimmt.	1.961.800.000,00 € 22.750.000,00 €
	2. Dem Finanzplan 2018 bis 2022 mit dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm wird zugestimmt. 3. Den Festsetzungen im Wirtschaftsplan 2019 des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon mit den Finanzplänen und den Investitionsprogrammen für die Jahre 2018 bis 2022 wird zugestimmt. 4. Den Festsetzungen im Wirtschaftsplan 2018/2019 der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) mit den Finanzplänen und den Investitionsprogrammen für die Jahre 2018 bis 2022 wird zugestimmt. 5. Dem Stellenplan des Bezirks Oberbayern für das Haushaltsjahr 2019 wird zugestimmt. 6. Der Hebesatz der Bezirksumlage wird für das Haushaltsjahr 2019 auf 21,00 v.H. festgesetzt. 7. Die Haushaltssatzung 2019 wird beschlossen.	
	angenommen	Ja 74 Nein 2

TOP 3 Gremienbesetzung - Stellvertretung des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses

Der Bezirkstag bestimmt den Stellvertreter des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses.

Frau BRin Martina Neubauer schlägt Frau BRin Ulrike Goldstein als Stellvertreterin des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses vor. Herr Bezirksrat Josef Loy schlägt Herrn Bezirksrat Harald Schwab vor.

Beschluss:	Der Bezirkstag bestimmt Herrn Harald Schwab als Stellvertretung des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses.
-------------------	--

	angenommen	Ja 51 Nein 26
--	-------------------	----------------------

TOP 4 Bestellung der Vertreter des Bezirks Oberbayern in der Verbandsversammlung des Donaumoos-Zweckverbands

Der Bezirkstag entscheidet über Vertretung des Bezirks Oberbayern in der Verbandsversammlung des Donaumoos-Zweckverbands.

Beschluss:	Der Bezirkstag bestellt Frau Baur als Vertretung des Bezirks Oberbayern in der Verbandsversammlung des Donaumoos-Zweckverbands und Herrn Siebler als Stellvertretung.
	angenommen Ja 78 Nein 0

TOP 5 Interfraktionelle Arbeitsgruppe Arbeiter- und Industriekultur

Frau Bezirksrätin Kuhn hat in der Bezirksausschusssitzung am 29.11.2018 den Antrag gestellt die Arbeitsgruppe Arbeiter- und Industriekultur auch für die neue Wahlperiode 2018 – 2023 fortzusetzen und hierzu Mitglieder aus den Fraktionen zu bestellen.

Die Fraktionen benennen folgende Mitglieder in der Arbeitsgruppe Arbeiter- und Industriekultur:

	Mitglied	1. Stellvertretung
1	Barbara Kuhn	Friederike Steinberger
2	Sebastian Friesinger	Thomas Schwarzbenberger
3	Gabriele Off-Nesselhauff	Gisela Kriegl
4	Fabian Flössler	Martina Baur
5	Susanne Linhard	Dr. Michael Kern
	Richard Salvermoser	Katja Weitzel
7	Rainer Schneider	Marianne Heigl
8	Sepp Hofer	Dr. Michael Schanderl
9	Silvio Bohr	Jan Halbauer
10	Gina Merkl	Sophie Harper
11	Elisabeth Janner	Martina Neubauer
12	Hubert Dorn	Peter Münster
13	Maria Mayr	Stefanie Kirchner
14	Martin Wieser	Beatrix Neuber

Beschluss:	1. Der Bezirkstag beschließt die Fortsetzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Arbeiter- und Industriekultur“ für die Wahlperiode 2018 – 2023. 2. Die Arbeitsgruppe besteht aus 14 Mitgliedern (5 CSU, 3 Bündnis 90/Grüne, 2 FW, 1 SPD, 1 AfD, 1 FDP, 1 Linke). 3. Die Arbeitsgruppe wählt in ihrer konstituierenden Sitzung einen Vorsitzenden und sie bestellt zwei gleichberechtigte Sprecher aus ihrer Mitte. Diese
-------------------	---

	berichten mindestens einmal jährlich dem Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen.
	4. Ausschussgemeinschaften werden für diese Arbeitsgruppe zugelassen.
	5. Der Bezirkstag beschließt die Besetzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Arbeiter- und Industriekultur“.
	angenommen Ja 77 Nein 0

TOP 6 Antrag der Fraktion CSU vom 18.11.2018: Bestellung der Vertreter des Bezirks Oberbayern in Gremien des Klinikums Ingolstadt

Im Verbandsausschuss des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt soll Herr Reinhard Eichiner als ordentliches Mitglied abberufen und statt ihm Herr Josef Mederer als ordentliches Mitglied entsandt werden. Als 1. Stellvertreter wird Herr Reinhard Eichiner, als 2. Stellvertreter Herr Dr. Michael Kern bestellt.

Beschluss:	a) Der Bezirkstag beschließt, Herr Reinhard Eichiner als ordentliches Mitglied der CSU-Fraktion im Verbandsausschuss des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt abzuwufen.
	b) Der Bezirkstag bestellt Herrn Josef Mederer als ordentliches Mitglied der CSU-Fraktion im Verbandsausschuss des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt sowie Herrn Reinhard Eichiner als 1. Stellvertreter und Herrn Dr. Michael Kern als 2. Stellvertreter.
	angenommen Ja 78 Nein 0

TOP 7 Antrag der Fraktion AfD vom 14.11.2018: Besetzung des Ausschusses für Kultur, Schulen und Museen

Der Bezirkstag beschließt auf Antrag der AfD-Fraktion, Herrn Christian Demmel als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen abzuwufen und statt ihm Herrn Martin Wieser als ordentliches Mitglied zu besetzen.

Beschluss:	a) Der Bezirkstag beschließt, Herrn Christian Demmel als ordentliches Mitglied der AfD-Fraktion im Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen abzuwufen.
	b) Der Bezirkstag bestellt Herrn Martin Wieser als ordentliches Mitglied der AfD-Fraktion im Ausschuss für Kultur, Schulen und Umwelt.
	angenommen Ja 78 Nein 0

TOP 8 Antrag der Fraktion AfD vom 14.11.2018: Bestellung der Vertreter des Bezirks Oberbayern im Bayerischen Bezirkstag

In der Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstages soll Herr Martin Wieser als ordentliches Mitglied abberufen und statt ihm Herr Christian Demmel als ordentliches Mitglied besetzt werden. Herr Christian Demmel soll von Herrn Martin Wieser vertreten, Herr Robert Bock soll von Herrn Rainer Groß vertreten werden.

Im Hauptausschuss des Bayerischen Bezirkstages soll Herr Martin Wieser als ordentliches Mitglied abberufen werden und statt ihm Herr Christian Demmel als ordentliches Mitglied zu besetzt werden. Herr Christian Demmel soll von Herrn Martin Wieser vertreten werden.

Beschluss:	1. a) Der Bezirkstag beschließt, Herrn Martin Wieser als ordentliches Mitglied der AfD-Fraktion in der Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstages abuberufen. 1. b) Der Bezirkstag bestellt Herrn Herr Christian Demmel als ordentliches Mitglied der AfD-Fraktion in der Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstages, Herrn Martin Wieser als Stellvertreter von Herrn Christian Demmel und Herrn Rainer Groß als Stellvertreter von Herrn Robert Bock. 2. a) Der Bezirkstag beschließt, Herrn Martin Wieser als ordentliches Mitglied der AfD-Fraktion im Hauptausschuss des Bayerischen Bezirkstages abuberufen. 2. b) Der Bezirkstag bestellt Herrn Christian Demmel als ordentliches Mitglied der AfD-Fraktion im Hauptausschuss des Bayerischen Bezirkstages und Herrn Martin Wieser als Stellvertreter von Herrn Christian Demmel.
	angenommen Ja 78 Nein 0

TOP 9 **Antrag der Fraktion FDP vom 02.11.2018: Besetzung der Kommission "Bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit"**

Der Bezirkstag berät über die Besetzung der Kommission „Bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit“.

Beschluss:	Der Bezirkstag lehnt den Antrag der FDP-Fraktion vom 02.11.2018 auf Anrechnung der Berichterstatter und Berichterstatterinnen auf die einer Partei oder Ausschussgemeinschaft zustehenden Sitze in der Kommission „Bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit“ ab.
	angenommen Ja 77 Nein 0

Da nach Prüfung festgestellt wurde, dass die Berichterstatter kein Stimmrecht haben, beantragt Frau Bezirksrätin Gräfin Baudissin-Schmidt die Anhebung der Mitgliederzahl von 5 auf 8.

Die Fraktionen benennen die Mitglieder der Kommission „Bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit“:

	Mitglied	1. Stellvertretung
1	Fabian Flössler	Martina Baur
2	Gisela Kriegl	Dr. Michael Kern
3	Helga Hügenell	Christina Hörl
4	Ute Gössner	Sepp Hartl
5	Sophie Harper	Gina Merkl

6	Martin Wagner	Dr. Frauke Schwaiblmaier
7	Daniel Reuter	Florian Weber
8	Christian Demmel	Oskar Lipp

Beschluss:	a) Der Bezirkstag beschließt die Erhöhung der Mitgliederzahl von 5 auf 8. Ausschussgemeinschaften werden zugelassen. b) Der Bezirkstag beschließt die Besetzung der Kommission „Bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit“.
	angenommen Ja 77 Nein 0

TOP 10 Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 13.11.2018: Besetzung des Bezirksausschusses

Der Bezirkstag berät über den Antrag der LINKEN vom 13.11.2018 auf Wiederholung der Besetzung des Bezirksausschusses.

Herr Bezirksrat Klaus Weber-Teuber nimmt den Antrag der LINKEN zurück.

Beschluss:	Herr Bezirksrat Klaus Weber-Teuber nimmt den Antrag der LINKEN vom 13.11.2018 zurück.
	Antrag zurückgenommen

TOP 11 Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer bedankt sich für die gute Mitarbeit und Zusammenarbeit und gratuliert Herrn stv. Bezirkstagspräsidenten Rainer Schneider zur Wahl als stv. Bezirkstagspräsident.

Herr stv. Bezirkstagspräsident Rainer Schneider bedankt sich.

Beschluss:	Es erfolgten keine Bekanntgaben oder Antragstellungen.
-------------------	---

Um 12:48 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Angelika Ewerhardy
Protokollführung